

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND

III. LEGISLATURA
III. LEGISLATURPERIODE

SEDUTA 120^A - 120. SITZUNG
12 - 11 - 1959

INDICE

-

INHALTSANGABE

Disegno di legge n. 116: « Istituzione della
Direzione regionale dei trasporti »
pag. 3

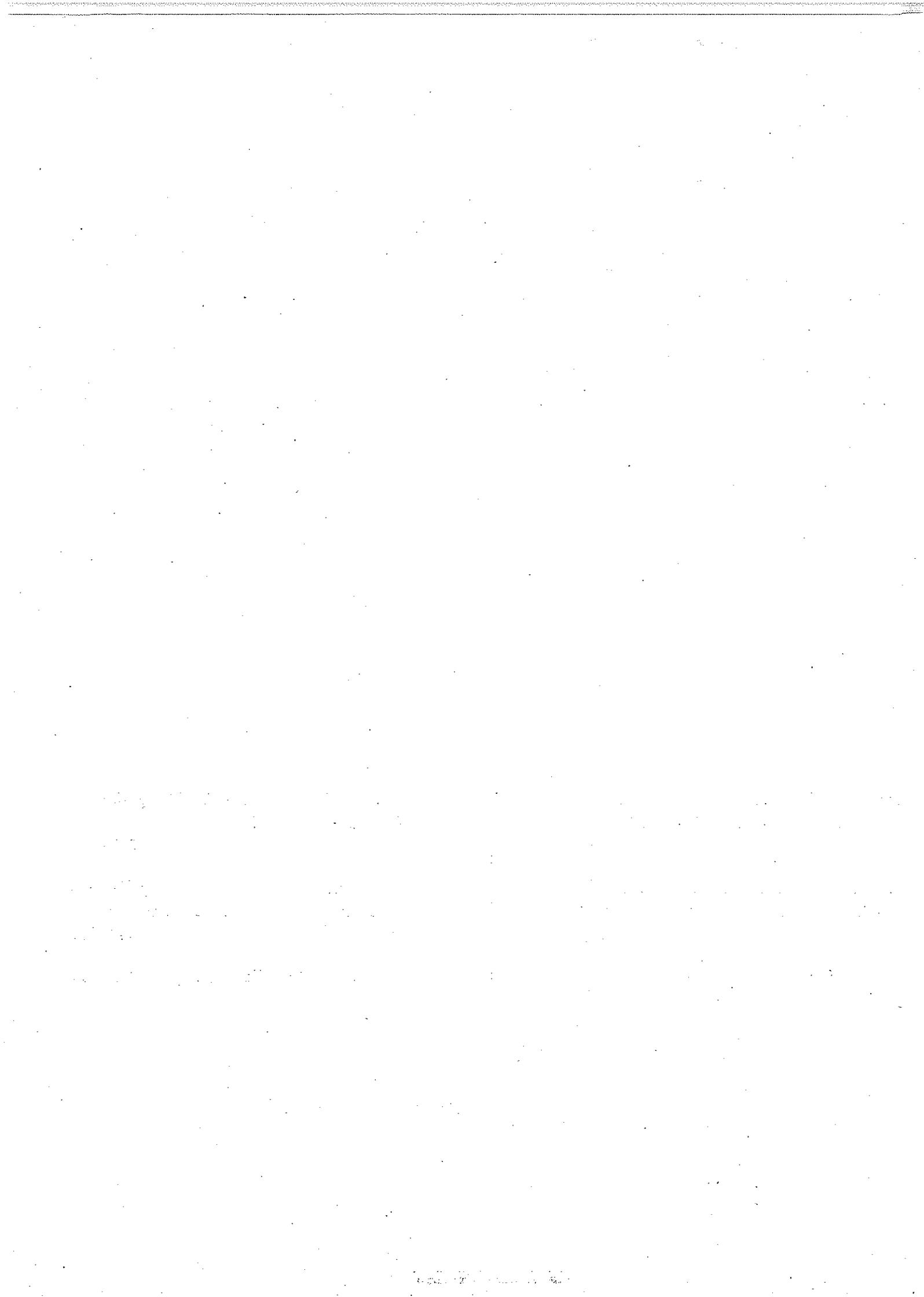
Disegno di legge n. 109: « Istituzione del Co-
mitato consultivo regionale per l'industria »
pag. 13

Interrogazioni e interpellanze pag. 24

Gesetzentwurf Nr. 116: « Errichtung der re-
gionalen Transportdirektion »
Seite 3

Gesetzentwurf Nr. 109: « Errichtung des be-
ratenden Regionalkomitees für die In-
dustrie »
Seite 13

Anfragen und Interpellationen Seite 24



Presidente: dottor Silvio Magnago

Vicepresidente: dottor Remo Albertini

Ore 10.37

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

TRENTIN (Segretario questore - D.C.):
(*fa l'appello nominale*).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 11 novembre 1959.

TRENTIN (Segretario questore - D.C.):
(*legge il processo verbale*).

PRESIDENTE: Osservazioni sul verbale? Il verbale è approvato.

Punto 6 dell'ordine del giorno: Disegno di legge n. 116:

« Istituzione della Direzione regionale dei trasporti ».

La parola al cons. Benedikter per continuare l'intervento di ieri.

BENEDIKTER (S.V.P.): Ich darf meine gestrigen Ausführungen fortsetzen und jetzt auf das unmittelbare Anliegen des Textes des vorliegenden Regionalgesetzentwurfes eingehen. Wir wissen, dass mit Gesetz vom 20. April 1959 Nr. 5 die Bewilligungen für den Bau und den Betrieb von Luft- und Standseilbahnen im öffentlichen Dienst geregelt wurden, wobei mit unserer Zustimmung für diese Luft- und Standseilbahnen im öffentlichen Dienst die regionale Zuständigkeit und lediglich eine Befragung der Gemeinden, des Gemeindeausschusses, bzw. des Landesaus-

schusses vorgesehen wurde. Wir haben uns an dieses Übereinkommen im Regionalrat gehalten, auch nachdem das Gesetz rückverwiesen worden war und neuerdings im März 1959 vom Regionalrat verabschiedet wurde. Das Gesetz betrifft aber, wie gesagt, nur die Luft- und Standseilbahnen im öffentlichen Dienst. Im Gesetz selber ist vorgesehen, dass eine regionale Direktion des Transportwesens bestimmte Aufgaben im Zusammenhang mit dem Bau und den Betrieb von Luft- und Standseilbahnen bekomme und es ergibt sich die Notwendigkeit, dass diese regionale Direktion nun mit einem eigenen Gesetz geregelt werde, was jetzt erfolgt. Nun bin ich der Ansicht, dass dieses Gesetz sich auf die Errichtung dieser Direktion, auf einen Hinweis bezüglich ihrer Aufgaben, auf die Regelung des Personalstandes beschränken soll, dass aber die Aufgaben dieser Direktion nur soweit endgültig festgelegt werden sollen, als es sich aus dem bereits in Kraft getretenen Regionalgesetz vom 20.4. d.J. ergibt. Diese regionale Transportdirektion soll also die Aufgaben haben, welche ihr in diesem Regionalgesetz zugedacht sind und weiters noch die Aufgabe der Kollaudierung aller Seilbahnbauten, die durch irgendein Regionalgesetz subventioniert werden; vorläufig also keine anderen Aufgaben, jedenfalls nicht gesetzlich festgelegte Aufgaben, solange nicht das im Bericht des Assessors vorgesehene weitere Gesetz, welches die Ausübung der regionalen Zuständigkeit für die übrigen Gebiete des Transport- und Verkehrswesens regeln soll, verabschiedet ist. Der Bericht des Assessors kündigt in allernächster Zeit ein solches Gesetz an, welches die Ausübung der regionalen Zuständigkeit für die Autoverbindungen im besonderen, aber auch für alle ande-

ren Fragen, die in das Sachgebiet Transport- und Verkehrswesen fallen, regeln soll und wir behalten uns selbstverständlich vor, diesbezüglich dann für dieses kommende Gesetz den Antrag auf umfassende Anwendung des Art. 14 zugunsten einer Übertragung auf die Provinzen zu stellen. Es soll aber hier in keiner Weise vorgegriffen werden, so dass die im Art. 2 die Buchstaben a), b) und d) vorgesehenen Aufgaben dieses Amtes hinwegfallen und lediglich die Aufgaben bestätigt werden, welche bereits im Regionalgesetz über die Seilbahnen vorgesehen sind, zusätzlich dann der Buchstabe c). Damit wird nicht vorgegriffen. Es ist übrigens auch rein verfahrensmässig nicht richtig, dass nun das Amt errichtet wird und ihm bereits Aufgaben zugeordnet werden, deren nähere Regelung, was die Ausübung der regionalen Verwaltungsfunktionen betrifft, erst einem späteren Gesetz vorbehalten ist.

Ich habe gestern auch auf das Dezentralisierungsdekret hingewiesen, das mit Dekret des Präsidenten der Republik vom 28. Juli 1955 Nr. 771 herausgekommen ist und zwar über die Dezentralisierung der Dienste des Transportministeriums und des Generalinspektorates der Zivilmotorisierung und der konzessionierten Transporte. In diesem Dekret, das keine grosszügige, im Sinne der Verfassung grosszügige Dezentralisierung durchgeführt hat, sind immerhin — wenn wir jetzt die Seilbahnen vollkommen ausser Acht lassen —, die drahtgeführten Autobuslinien, die Trolleybusse und alle vom Gesetz aus zu konzessionierenden Autotransportlinien, sowohl für Personen als für Sachen, deren Konzession und weitere Verfügungen darüber zu dezentralisieren und zwar, insofern es sich um Autolinien handelt, die sich innerhalb eines Gemeindegebietes abwickeln, auf die Gemeinde zu dezentralisieren, d.h. auf den Bürgermeister, welcher auf Grund eines Beschlusses des Gemeinderates entscheidet. Soweit es sich um Linien handelt, die sich innerhalb einer Provinz, innerhalb des Territoriums einer Provinz abwickeln,

sind sie auf das Inspektorat für Verkehrswesen zu dezentralisieren, welches den Provinzialausschuss anhören muss. Nun wäre es logisch, dass in unserer Lage eine ähnliche Dezentralisierung vollzogen würde und zwar für Autolinien innerhalb eines Gemeindegebietes die Entscheidung der Gemeinde, für Autolinien im Rahmen einer Provinz die Entscheidung der Provinz, dem Landesausschuss, und darüber hinaus für Autolinien, die sich auf beide Provinzen erstrecken, die Entscheidung dem Regionalausschuss zu überlassen. Das wäre ein gesundes Prinzip für eine Dezentralisierung dieses Sachgebietes.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass im Landesgesetz über die Ordnung der Ämter und des Personals der Landesverwaltung Bozen bereits unter anderm beim Assessorat für Handwerk, Industrie, Handel usw. auch ein Dienst, d.h. ein Amt für Transport- und Verkehrswesen vorgesehen ist, also in der Voraussetzung, dass entsprechende Befugnisse von der Region auf die Provinz übertragen werden. Man kann daher nicht sagen, dass die Provinz nicht schon durch ein bereits in Kraft getretenes Gesetz vorgesorgt habe, im Rahmen ihrer Verwaltungsorganisation diese Aufgabe wahrzunehmen, so dass auch in dieser Hinsicht der Art. 14 des Autonomiestatuts umso leichter juristisch seine einwandfreie Anwendung finden kann. Und wenn der Assessor in seinem Vorlagebericht im Hinblick auf dieses kommende Gesetz, welches die Autolinien regeln soll, auf die verwaltungsmässige Kontrolle über die Autolinien hinweist, welche bürokratischen Arbeiten diesbezüglich anstehen und zwar auf Seite 2) — es ist ein Verzeichnis von 11 Punkten — so kann man mit Fug und Recht behaupten, dass alle diese Anliegen ohne weiteres vom Landesausschuss wahrgenommen werden können, ja, dass sie zum grössten Teil geradezu nur vom Landesausschuss wahrgenommen werden können, indem er die geeignetste Stelle ist, denn nur der Landesausschuss kennt, abgesehen von den Staatsstrassen für welche aber die Re-

gion auch keine Zuständigkeit hat, den Stand der Strassen in der Provinz. Es heisst ja schliesslich, dass die Straßenstrecken als solche überprüft werden müssen, um ihren Erhaltungszustand festzustellen. Dann unter Nr. 6 z.B. heisst es: Einberufung von Zusammenkünften aller interessierten örtlichen Körperschaften zur Überprüfung der Möglichkeiten zwecks Gewährung neuer Autolinien; Festsetzung der Stundenpläne und der Betriebsprogramme; Gewährung der Erlaubnis, gewisse Dienste ausserhalb der Linie durchzuführen; und, im allgemeinen, Genehmigung der Stundenpläne und der Betriebsprogramme. Es sind das alles Sachen, die wohl einwandfrei als Angelegenheiten von rein örtlichem Interesse, soweit es sich um Linien handelt, die sich nur auf dem Gebiete einer Gemeinde abwickeln, von Gemeindeinteresse, aber zumindest von rein provinzialem Interesse darstellen, so dass hier ohne weiteres der Grundsatz der Dezentralisierung, wie er auch im Art. 118 ausgesprochen worden ist, Anwendung finden kann und die Analogie zum staatlichen Dezentralisierungsdekret angerufen werden kann. Wir können uns daher mit Fug und Recht für die kommende Dezentralisierung dieser Befugnisse einsetzen, so dass in diesem Gesetz in dieser Hinsicht nichts reduziert werden sollte. Ich verweise neuerdings auf die Tatsache, dass eine Verweigerung — in diesem Falle der Anwendung des Art. 14 —, verfassungswidrig wäre. Wenn die vorgeschlagene Abänderung abgelehnt würde, käme dies einer Verweigerung der Anwendung des Art. 14 für die Autolinien gleich, d.h. der Ausübung der Verwaltungsbefugnisse hinsichtlich der Autolinien bis zur Provinzgrenze bzw. von Linien die sich innerhalb der Provinz abwickeln. Es wäre auf Grund der bestehenden Dezentralisierung in der staatlichen Rechtsordnung und auf Grund der Feststellung angesehener Verfassungsrechtler — ich nenne Mortati und Giannini —, eine Verletzung des Art. 14 und wäre daher auch beim Verfassungsgerichtshof klagbar.

BERLANDA (Assessore industria, commercio, trasporti e turismo - D.C.): E' mio dovere rispondere alle osservazioni del signor Consigliere Benedikter, senza nascondere una certa sorpresa nel senso che il punto di partenza del suo intervento suonava con una certa riserva per l'espressione del parere del gruppo etnico di lingua tedesca attraverso i suoi rappresentanti in commissione. Vorrei rettificare che in commissione questa legge c'è stata, è stata discussa con la presenza dei rappresentanti, i quali probabilmente l'hanno interpretata per quello che è, una legge normale di esecuzione.

Per il resto io sono lieto che il Consigliere che ha preso la parola abbia avuto un atteggiamento parecchio più prudente, stamane, che non ieri sera.

Stamane il suo atteggiamento è stato diverso, nel senso che ha parlato di una legge che si dovrà fare e molto meno di questa legge. Vorrei precisare quindi alcune cose senza pregiudicare niente di quello che accadrà nel futuro, perchè la nostra vita è fatta soprattutto degli atti presenti.

Il Consiglio Regionale ha votato una legge che disciplina il settore, il settore dei trasporti; potrà essere chiamato, anzi sarà chiamato a discutere ed eventualmente a votare altre leggi che disciplinano il settore; io non pongo ipoteche su quelle leggi, nè dico come saranno fatte nè come saranno applicate; si tratta di materia soggetta al giudizio degli uffici competenti, e a trattative che possono intercorrere fra coloro che hanno diverse esigenze. Oggi quel tema non è in discussione, non solo, ma questa legge non pregiudica per niente la soluzione dei temi futuri. Questo sia chiaro, perchè altrimenti mi si costringerebbe a fare tutta una lunga casistica, in cui leggi, votate ad un certo momento dal Consiglio, hanno trovato successivamente una diversa applicazione, anche con applicazione di delega o di art. 14 o di forme diverse. Cioè il dare in questo momento una disciplina agli uffici che devono assolvere determinati com-

piti, secondo il mio punto di vista, non pregiudica per niente le istanze condensate nell'intervento del cons. Benedikter. La legge in discussione costituisce degli uffici regionali che esistono già, dà loro una figura precisa, giuridica, affinché i componenti di questi uffici possano assolvere determinate mansioni. Nel caso che visitando un impianto, trovino che l'impianto è pericoloso, essi devono poter disporre a tutela del pubblico, la immediata chiusura di quell'impianto. Perciò devono avere la qualifica di pubblici ufficiali, ma devono anche poter in questo momento, e finché non sarà fatta la legge che disciplina gli autotrasporti, contestare delle infrazioni di traffico, perché è un compito per ora della Direzione regionale dei trasporti. Quando una autolinea proveniente da qualsiasi direzione esercita un traffico abusivo che lede gli interessi di altre società, un funzionario della Direzione dei trasporti deve poter, facendosi riconoscere, contestare all'autista, e al titolare di quell'azienda l'infrazione commessa. Questa veste i funzionari dell'ufficio la devono avere. Credo che tutti i componenti della commissione legislativa, interpretando questa legge per quello che essa è, abbiano dato il loro assenso. E' una legge molto limitata.

Una lettura attenta dell'art. 2 della legge in discussione — compiti dell'ufficio — garantisce il Consiglio che i passi che si stanno facendo sono di esecuzione per leggi già votate, di adempimenti di compiti che alla Regione sono già affidati e non costituiscono alcun pregiudizio in nessuna direzione per leggi che il Consiglio Regionale sarà chiamato ad esaminare ed eventualmente ad approvare secondo determinati criteri o indirizzi. Ecco perché mi sento perfettamente tranquillo anche se afferro le osservazioni del cons. Benedikter per quanto riguarda una legge che sarà presentata ma in questo momento non è in trattazione; pur afferrando quelle osservazioni io mi sento di insistere garbatamente sulla approvazione così come sta di questa legge; perché effettivamente si

ritiene e io ritengo che la Regione, la Giunta Regionale, l'Assessorato dei trasporti abbia il dovere di costituire sollecitamente questo organo, perché gli interessati, esercenti trasporti di qualsiasi natura, hanno il diritto che questa materia sia disciplinata per non trovare procedure mancanti nella difesa dei loro interessi legittimi. Da questo punto di vista la legge è perfettamente coordinata con altre leggi già votate dal Consiglio Regionale per l'ordinamento del personale. E' in quei limiti, è in quella cornice, è in quello spirito per cui sento che gli articoli 1, 3, 4 non sono posti in discussione. Ora se i Consiglieri e anche il cons. Benedikter, vogliono porre attenzione soprattutto all'art. 4, vedono la *ratio* fondamentale di questa legge perché l'art. 4 porta questa dizione precisa: « *Gli impiegati della Direzione regionale dei trasporti sono considerati ufficiali o agenti di polizia giudiziaria ai sensi del terzo comma dell'art. 221 del Codice di procedura penale* ». È per dare una veste a queste persone che sono già in servizio e assolvono il loro compito, che questa legge soprattutto nasce, ma poi anche per i compiti previsti al punto d) e mi sembra che non pregiudichino nessun orientamento futuro. Il punto d) dell'art. 2 suona in questo modo: « *la trattazione di ogni altra materia attribuita da leggi o da regolamenti alla competenza regionale in materia di comunicazioni e trasporti ivi compresi i compiti ispettivi e di controllo, nonché il coordinamento dei rapporti con altri organi ed uffici comunque costituiti e funzionanti, che trattano materie relative alle comunicazioni e ai trasporti interessanti la Regione Trentino-Alto Adige* ». Una soppressione del comma d) renderebbe la legge monca, illogica, irrazionale. E mi sembra inopportuno che il Consiglio vada a votare leggi illogiche e irrazionali quando si vada a disciplinare questa materia, convinto come sono che questo comma d) e neppure il comma c) possano pregiudicare qualsiasi indirizzo futuro.

Ecco perché, sdrammatizzando la situazione nella discussione di questa legge, vorrei

pregare il Consiglio Regionale di accettare il pensiero dell'Assessore proponente e della Giunta e la relazione votata all'unanimità dalla commissione trasporti che ha dato parere favorevole a questa legge interpretando i compiti di questo ufficio per quelli che sono, senza porre ipoteche sul futuro. Materia che è indubbiamente discutibile perchè non ho mai negato che la legge sui trasporti possa avere determinati orientamenti piuttosto che altri. È una materia non affrontata. Per questo il pensiero della Giunta e anche la raccomandazione mia personale, nell'interesse dell'ufficio che ha questi compiti da svolgere, ma nell'interesse degli esercenti i trasporti a fune ed automobilistici e dell'economia dei trasporti della nostra Regione, è che il Consiglio Regionale dia la propria approvazione ad una legge così organica come è quella in discussione, e oltre a tutto così modesta nella sua portata e nelle sue finalità.

BENEDIKTER (S.V.P.): Dass der Regionalausschuss nicht gewillt ist, den Art. 14 anzuwenden, das konnte ich von vornherein annehmen; dass aber gegen den Buchstaben des vorliegenden Gesetzentwurfes Erklärungen abgegeben werden, kann ich nicht als gut hinnehmen. Wenn der Assessor erklärt, dass mit den Buchstaben a), b) und d) des Art. 2 nichts präjudiziert sei hinsichtlich einer späteren, mit Gesetz durchzuführenden Übertragung von Befugnissen auf die Provinzen, dann kann ich das nur so auslegen, dass, wenn heute ein Gesetz beschlossen wird, das « schwarz » sagt, morgen ohne weiteres nach einem Jahr auch ein Gesetz beschlossen werden kann, das « weiss » sagt; das ist sicher. Aber auf der anderen Seite wird er mir zugeben, dass, wenn das beschlossen wird, morgen das andere Gesetz auch gar nicht gebraucht wird. Ich kann es bei diesem Gesetz belassen und dann bleibt es eben bei der Zentralisierung in der Region. Darum geht es, denn dass nicht ein heute beschlossenes und morgen in Kraft tretendes Gesetz übermorgen durch ein anderes Gesetz abgeändert wer-

den kann, darum hätte ich auch nicht gezweifelt. Aber ich behaupte und ich glaube, — da können Sie mir nicht das Gegenteil beweisen —, dass indem nun gesetzlich eines da ist, heute de facto die Region diese Befugnisse ausübt; das weiss ich genau, und sie wird sie auch ohne diese Regelung weiter ausüben bis ein Gesetz kommt, welches eventuell die Sachen dezentralisiert. Aber heute würde ich mit diesem Gesetz endgültig, indem ich die Frage der Dezentralisierung vorläufig, wie Sie sagen, erledige, die Ausübung dieser Befugnisse bei der Region festlegen bis zu einem anderen Gesetz, das die Sache anders regelt. Darum geht es doch und das soll nicht präjudiziert werden; wenigstens vom Standpunkt derjenigen, welche die Übertragung der Befugnisse verfechten, ist das eine gegenteilige Bestimmung. Ich glaube das kann niemand bestreiten und insofern präjudiziert es auch, weil es bei diesem Gesetz bleiben kann. Wenn hingegen nichts gesagt ist, eher die Wahrscheinlichkeit besteht, dass eine Neuregelung getroffen wird und dann wird man auch sehen, wie sie getroffen wird. Ich habe mit Absicht, Herr Assessor, den Art. 4 nicht irgendwie berühren, nicht abändern wollen, denn dort heisst es — und Sie haben ihn nur zum Teil gelesen —, dort heisst es also, die Angestellten der regionalen Transportdirektion sind als Beamte oder Agenten der Gerichtspolizei angewiesen, insofern sie — in quanto — beauftragt sind, Vergehen, die von den Gesetzen über das Transportwesen vorgesehen sind, zu ermitteln bzw. festzustellen. Also insofern sie beauftragt sind. Der Artikel kann ohne weiteres bleiben, auch wenn sich formell nach dem Regionalgesetz, nach dem jetzigen, das Aufgabengebiet des Amtes auf die Seilbahnen beschränkt, kann der Artikel ohne weiteres als solcher aufrecht bleiben gerade weil es heisst: insofern sie beauftragt sind, Vergehen im Zusammenhang mit dem Transportwesen festzustellen. Und ich sehe keine unrationale oder unlogische Art des Vorgehens, wenn wir uns heute auf die Aufgabengebiete

beschränken, welche durch das Regionalgesetz über die Seilbahnen bereits vorgesehen und auch auf die weiteren Aufgaben, die im Buchstaben c) vorgesehen sind. Ich gebe zu, dass es dann umso zweckmässiger wird, dass in Bälde das andere Gesetz über die Regelung der Autoverbindungen herauskommt, in welchem dann eventuelle zusätzliche Aufgaben für Autoverbindungen, welche über den Rahmen einer Provinz hinausgehen, für dieses Amt vorgesehen werden könnten.

BERLANDA (Assessore industria, commercio, trasporti e turismo - D.C.): In sostanza l'intervento del cons. Benedikter è di diffidenza. Non mi posso meravigliare della diffidenza verso un Assessore regionale, quando ieri il cons. Benedikter, in modo ben più offensivo, ha manifestatamente dichiarato la sua diffidenza verso il Vice Presidente del Consiglio Regionale in carica che fungeva da Presidente! ...

ROSA (Presidente G. P. Trento - D.C.): Ed anche al Presidente!

BERLANDA (Assessore industria, commercio, trasporti e turismo - D.C.): Perciò questa cosa la devo guardare come essa è. Permetta cons. Benedikter, che non accetti nè adesso nè mai da lei il processo alle intenzioni, soprattutto quando io ho le mani pulite! Questo se lo ricordi ora ed anche domani!

Dico questo perchè, pur non essendo un sottile giurista ed avendo capacità solo di relazioni con gli uomini, e poca dimestichezza con le leggi, ho molta coerenza ed onestà quando si tratta di assolvere gli impegni. Lo dimostro. Ad un certo momento il Consiglio Regionale ha fatto una legge n. 12 che dava alla Giunta disposizioni e competenza per contributi alle Aziende autonome ed alle Pro loco. La situazione si è maturata diversamente lungo la strada; e non di iniziativa del Consiglio, ma di iniziativa del sottoscritto, quella legge 12 ha trovato una modifica pre-

cisa con l'applicazione di quei concetti che lei va sostenendo, e si è applicato in quella sede correttamente l'art. 14, il che sta a dimostrare che anche se esistono leggi votate in un certo modo, altre se ne possono successivamente votare per modificare quelle leggi, quando le situazioni siano mature. La legge regionale n. 12 a favore delle Pro loco e delle Aziende autonome è divenuta legge regionale n. 18, con ampia applicazione in quello ed altri settori, della delega.

Quando ho affermato un momento fa che questa legge, secondo il mio punto di vista ed il mio personale orientamento, non pregiudica un diverso orientamento della Giunta nella disciplina dei trasporti automobilistici, la prego di credere che io dico la verità, cioè credo in coscienza che questa legge niente faccia e niente dica, e nulla disponga perchè se sarà opportuno, se la Giunta lo riterrà opportuno, se il Consiglio Regionale lo riterrà opportuno, la legge che disciplina i trasporti automobilistici veda o meno l'applicazione dell'art. 14. Sono convinto che votando la legge come sta, al Consiglio non sia nè impedita nè resa più difficile la trattazione della legge che disciplina i trasporti automobilistici anche con la applicazione dello art. 14. Questo il mio convincimento; non sono un giurista, ma devo pensare che se la legge n. 12 è potuta divenire la legge n. 18, nulla vieta che votando questa legge che dà a questi uffici in questo momento e fino a quando il Consiglio diversamente non disporrà la competenza ed il dovere di applicare le leggi che ci sono, credo di fare un atto corretto, e credo che il Consiglio, se vorrà votare questa legge, dia un corpo organico a quelli che sono gli uffici regionali.

Forse dall'intervento di ieri sera suo, e da quello di stamane, la tendenza potrà essere un'altra. Per la verità, non riuscendo a capire le sfumature della sua lingua materna, e dovendomi solo affidare a una traduzione alle volte molto frettolosa, potrò anche errare, ma la mia impressione è che forse lei pro-

ponga una cosa diversa o si predisponga ad impedire che la Giunta Regionale consolidi in questo momento i propri uffici, il che mi pare piuttosto azzardato da parte di un Consigliere regionale in questa sede.

Ecco perchè penso che la Giunta Regionale abbia il dovere di fare presto e possibilmente bene l'ordinamento dei suoi uffici, perchè la gente, il contribuente, gli esercenti hanno il diritto di poter venire a trattare con organi perfettamente costituiti. Ecco perchè la prego di credere alla mia sincerità. Quando le dico che questa legge costituisce un ufficio che mira ad eseguire bene la legge sulle funivie, e nello stesso tempo svolge alcune altre funzioni senza pregiudizio di una legge che si andrà preparando e le cui linee di massima sono già in sede di Assessorato enunciate, io sono in una posizione di verità e credo — e il Consiglio potrà eventualmente smentire questa mia affermazione — che nè il comma c), nè il comma d) dell'art. 2 vietino o rendano più difficile la formulazione di una legge, che possa anche, se sarà opportuno o necessario o conveniente, accogliere il principio da lei enunciato. Su questa base credo che ci sono molti casi in passato che testimoniano che la cosa è possibile e fattibile e una diffidenza su questo a me non sembra giustificata.

PRESIDENTE: La discussione generale è chiusa. Chi è d'accordo di passare alla discussione articolata è pregato di alzare la mano: 17 favorevoli, 9 astenuti.

Art. 1

(Istituzione della Direzione regionale dei trasporti)

È istituita presso l'Assessorato dell'industria, commercio, turismo e trasporti, la Direzione regionale dei trasporti.

L'organizzazione ed il funzionamento della Direzione saranno determinati con regolamento di attuazione della presente legge.

BENEDIKTER (S.V.P.): Es geht also

hier um die Errichtung der regionalen Transportdirektion, um das Prinzip in diesem Gesetz und also auch um eine prinzipielle Stellungnahme zur Frage dieser Errichtung. Und nachdem hier der Assessor in der Antwort, die er mir in der Generaldebatte gegeben hat, eine gewisse Auslegung zu meiner Stellungnahme gegeben hat, muss ich meine Stellungnahme zur Schaffung der regionalen Transportdirektion noch besser — ich weiss nicht wie es übersetzt worden ist — jedenfalls noch etwas näher ausführen und ich habe gar keine Hemmung, Herr Assessor, wenn ich Ihnen zugebe, dass meine Stellungnahme unter anderm auch durch ein tiefes Misstrauen dem Regionalausschuss gegenüber diktiert wird. Ich habe aber andererseits auch nicht die geringste Hemmung zuzugeben, dass was Ihre Amtsführung und, sagen wir bis Ende 1958, Ihre Initiativen in der Anwendung des Art. 14 betrifft, dass Sie hier bis zu einem gewissen Punkt mit gutem Beispiel vorangegangen sind. Ich sage bis zum Februar 1959, denn im März, — ich erinnere an die Sitzung vom 11. März 1959 —, wurde das Regionalgesetz von Ihnen eingebracht, vom Ausschuss in mehrmaliger Beratung verabschiedet und zwar schon im Herbst 1958; ein Gesetz, das finanziell von sehr grosser Bedeutung hinsichtlich der Verteilung der Mittel der Region auf die beiden Provinzen für Fremdenverkehrszwecke war. Es war eine Verteilung von Mitteln der Region auf die Landesfremdenverkehrsämter vorgesehen und wir hatten beantragt, dass 3/4 dieser Mittel auf die beiden Landesfremdenverkehrsämter verteilt würden, dass 1/4 nach dem regionalen Büro für gewisse Sonderplanungen zur Verfügung gestellt, deren Planung im regionalen Rahmen auch von unserem Standpunkt aus gerechtfertigt war; also nur 1/4 oder 1/5 der Mittel der Region vorbehalten bleiben sollten. Wir hatten darüber eine Einigung erzielt; es war ein Beschluss des Regionalausschusses vorhanden, — eine Einigung zwischen beiden Parteien. Das Gesetz wurde am 11. März 1959

von euch zurückgezogen; es wurde also in diesem Falle die Anwendung des Art. 14 verweigert, wenn auch mit der Ankündigung, dass man später einmal auf die Sache zurückkommen werde, um es eventuell auch wieder im Sinne des Art. 14 zu regeln. Wenn der Assessor ausruft: « Rettet die Region und schafft doch dieses regionale Transportamt », dann kann ich ihm auf diesem Wege nicht folgen, rein rechtlich nicht folgen. Es geht jetzt hier bestimmt nicht um die Rettung der Region, um die Ermöglichung oder Verunmöglichung der Ausübung der Befugnisse, denn, wie Sie gesagt haben, werden diese Befugnisse von der Region jetzt ausgeübt, sie werden allesamt ausgeübt und so wie das Gesetz aufrecht bliebe, auch mit der vorgesehenen Abänderung des Art. 2 würden sie befestigt, weil auch diese Befugnisse der Feststellung von Vergehen in der Eigenschaft als Gerichtspolizeiorgane aufrecht bleiben würden. Wenn Sie, Herr Assessor, uns den Beweis Ihres nicht geänderten Standpunktes, einer weitestgehenden Anwendung des Art. 14 liefern wollen, möchte ich Sie bitten, uns auch zu überzeugen, dass Sie es wirklich ehrlich meinen. Es kostet Sie nichts; es kostet der Region nichts, rechtlich und politisch nicht, wenn sie diesen Abänderungsantrag annimmt, erstens. Zweitens, wenn sie sobald als möglich das damals abgelehnte Gesetz über die Verteilung der Mittel der Fremdenverkehrsmittel einbringt, vielleicht anstelle der Verteilung an die Fremdenverkehrsämter, die Verteilung an die Landesausschüsse, und drittens, wenn sie auch sobald als möglich das angekündigte Gesetz über die verwaltungsmässige Regelung der Autolinien mit der Anwendung des Art. 14 einbringt, wie sie analog im staatlichen Dezentralisierungsgesetz vorgezeichnet ist, d.h. die Übertragung auf die Gemeinde der Autolinien im Gemeindebereich, auf die Provinz der Autolinien im Provinzbereich, und der Region die Autolinien, welche beide Provinzen berühren.

BERLANDA (Assessore industria, commercio, turismo e trasporti - D.C.): Capisco

che una legge va sempre al di là della lettera degli articoli, ma non c'è altro modo per farmi precisare il pensiero mio che non interpretarlo rettamente. Che si possa avere sfiducia nell'opera di un Assessore, o del sottoscritto, è cosa non solo comprensibilissima, ma capita in tutti i governi nazionali e locali. Ci sono le strade e i canali per manifestare questi sentimenti, consolidarli, arrivare a certe conclusioni. Io non sono certo il tipo da non sapere interpretare certe valutazioni. Con un solo voto, non starei mai ad un certo posto.

Il tema è diverso. Dice che io ho mutato atteggiamento dopo il febbraio 1959. L'atteggiamento è stato mutato da me e non dalla Giunta, dice, ma credo che sia intervenuta qualche altra cosa. Il cons. Benedikter è un uomo politico, e credo che sappia più di me certo che la politica è l'arte del possibile e di una convivenza in situazioni difficili, nelle quali quando due partono domandando 100 è difficile che tutti due tocchino i 100; la politica è l'arte del compromesso, degli accordi, dei contatti, per fare gli interessi della propria gente nella misura massima possibile. Credo che questa sia la base del suo atteggiamento. È mutato l'atteggiamento, di un Assessore su una legge delega? Certo; è mutata però anche qualche altra cosa, è intervenuto qualche fatto nuovo, e non credo, senza mancare al mio dovere, che i vantaggi della collaborazione debbano per antonomasia rimanere i vantaggi della opposizione. Sotto nessun governo è mai capitato questo. Un Governo ha il dovere di curare gli interessi delle popolazioni secondo il migliore modo di interpretare la situazione, ma sia chiaro che quel fatto nuovo che è intervenuto in me ha radici in un atteggiamento diverso intervenuto in altri! A buon intenditor credo che non servano molte più parole. Del resto, se non raccolte queste apprensioni, credo che il collega Benedikter non voglia nel mondo del turismo, dell'impiego di questi fondi raccogliere le più fondate apprensioni degli albergatori di certe valli, come la Gardesana e la Pusteria, che hanno, ad esempio nella

clientela romana, fonti ed introiti che sono alla base della loro sussistenza più che non nella clientela tedesca. Queste apprensioni vanno raccolte, come si raccolgono queste; vanno valutate per vedere se le agitazioni producono benessere o se producono nervosismo, che allontana la clientela. Quando lei vorrà aprire questo lungo discorso non solo sui mezzi turistici, ma sui risultati che certe agitazioni producono, sappia che io sono a sua disposizione con una certa documentazione e certe valutazioni abbondanti per lo meno quanto quelle che lei potrà fare, perchè in sedute ed in contatti e in altri ambienti mi si documenta costantemente che un uso intelligente della Regione, dei suoi mezzi finanziari, garantisce di più l'economia di quella popolazione che anche lei difende, anche se queste persone spesso hanno timore — ed è comprensibile — a riferire queste cose in colloqui a tre e le riferiscono in colloqui a due, ma gli incitamenti che io ed altri colleghi ottengono e hanno di resistere a certe azioni di smantellamento regionale ci danno coraggio e conforto in queste nostre tesi. E finchè non ci si dimostrerà che abbiamo mancato al nostro dovere riteniamo opportuno proseguire in quella strada.

Detto questo lei sa che in quella legge e in quell'accordo per l'utilizzo dei mezzi turistici io vedevo una cosa opportuna, e la reputo ancor oggi opportuna. A un certo momento devo ricordarle che non è mai soltanto la Giunta che fa le leggi, anzi non può riproporre la legge prima di sei mesi dopo che sia stata bocciata, ci sono anche altre formule per presentare leggi quando la buona volontà resti in tutti i settori. E anche in questo credo che la formula delle trattative e dei colloqui sia sempre utile, perchè niente vieta che qualcuno del suo gruppo dica: Signor Assessore Berlanda, che cosa pensa lei di questa materia? Ma finchè si rimane sul sommo del Sinai ad aspettare che gli altri facciano la legge-delega dell'art. 14 o facciamo tutte le fatiche e le trattative romane, mi sembra pretendere un po' troppo soprattutto

quando portare soldi in questa Regione è fatica grande. E collaboratori del gruppo che ci sta davanti per cercare questi fondi non ne abbiamo mai trovati molti, per la verità... Ci si dice: andate, fate i procacciatori di denaro, portatene molto che noi lo sapremo spendere. È un ragionamento sensato fino a un certo punto perchè ad un certo momento può trovare uomini stanchi, può trovare uomini avviliti, uomini non decisi a seguirvi in questa strada di diventare soltanto i vostri formulatori di leggi o i vostri procacciatori di denaro. Ecco perchè, signor cons. Benedikter, dal febbraio 1959 il mio atteggiamento in quel settore è mutato. (*Approvazioni dalla D.C.*):

BENEDIKTER (S.V.P.): Ich möchte noch feststellen: Das Gesetz über die Verteilung der Fremdenverkehrsmittel wurde von der D.C.-Gruppe zurückgezogen, d.h. der Antrag für die Zurückziehung ist von der D.C.-Gruppe ausgegangen im Regionalrat; das wollte ich noch feststellen.

Ein anderer Punkt, wir wissen nämlich es geht dies aus den Statistiken hervor, dass der Fremdenverkehr in Südtirol im letzten Jahr um insgesamt 15% zugenommen und nicht abgenommen hat.

Und noch etwas: solange meine Gruppe im Regionalrat mitarbeitet war es meine Pflicht, das Präsidium einer Kommission zu übernehmen, deren Präsidium unserer Gruppe zusteht und indem mein Kollege dieses Präsidium nicht übernehmen konnte. Es war einfach meine Pflicht. Und ich möchte darauf hinweisen, dass das Präsidium einer Kommission politisch bestimmt weniger verpflichtend ist und weniger Verantwortung beinhaltet, als die Mitgliedschaft im Regionalausschuss. Daher möchte ich den Herrn Assessor Berlanda, weil er schon auf diese einzige Stimme hingewiesen hat, auffordern, aus diesem seinen Standpunkt die Konsequenzen zu ziehen und zwar die Konsequenzen aus der letzten Abstimmung über einen Misstrauensantrag. Wir wissen doch, dass es

auf jede Stimme der Regionalaussschussmitglieder angekommen ist, also auch auf seine Stimme.

BERLANDA (Assessore industria, commercio, turismo e trasporti - D.C.): Sono molto lento nell'afferrare!...

PRESIDENTE: Se nessuno chiede la parola, pongo ai voti l'art. 1: 20 favorevoli, 18 astenuti.

Art. 2

(Compiti dell'ufficio)

A detta Direzione sono attribuiti i seguenti compiti:

- a) *l'istruttoria e la trattazione di tutte le pratiche relative alle comunicazioni e trasporti di interesse regionale di cui all'art. 4, n. 14, della legge costituzionale 26-2-48, n. 5;*
- b) *l'applicazione delle leggi regionali in materia di comunicazioni e trasporti;*
- c) *il collaudo, ad esecuzione ultimata dei lavori ed a visita di ricognizione avvenuta, ai fini della liquidazione dei contributi per la costruzione di impianti funiviari concessi a qualsiasi titolo ed in base a qualsiasi legge regionale;*
- d) *la trattazione di ogni altra materia, attribuita da leggi o da regolamenti alla competenza regionale in materia di comunicazioni e trasporti, ivi compresi i compiti ispettivi e di controllo, nonché il coordinamento dei rapporti con altri organi ed uffici costituiti e funzionanti, che trattano materie relative alle comunicazioni e ai trasporti interessanti la Regione Trentino - Alto Adige.*

È stato presentato un emendamento sostitutivo a firma Benedikter-Fioreschy-Dalsass-Brugger, del seguente tenore: « A detta Direzione sono attribuiti i compiti per essa previsti nella legge regionale 20 aprile 1959, n. 5 concernenti le concessioni per la costru-

zione e l'esercizio di vie funicolari aeree e terrestri in servizio pubblico, nonché il collaudo ad esecuzione ultimata dei lavori ed a visita di ricognizione avvenuta ai fini della liquidazione dei contributi per la costruzione di impianti funiviari concessi a qualsiasi titolo ed in base a qualsiasi legge regionale ».

Pongo ai voti l'emendamento preletto: 19 contrari, 11 favorevoli, 6 astenuti. L'emendamento è respinto.

Pongo ai voti l'art. 2: 24 favorevoli, 11 contrari, 6 astenuti.

Art. 3

(Personale addetto)

Alla Direzione regionale dei trasporti è preposto un funzionario del ruolo tecnico regionale, con qualifica non inferiore a ingegnere superiore, che assume il titolo di Direttore regionale dei trasporti.

Alla predetta Direzione sono addetti impiegati dei ruoli amministrativo e tecnico, di cui alla L. R. 7 settembre 1958, n. 23, nei limiti di carriera e di qualifica fissati dalle tabelle annesse alla presente legge.

Detti impiegati hanno diritto alla libera circolazione su tutte le linee ed impianti di trasporto concessi dalla Regione.

Pongo ai voti l'art. 3: 21 favorevoli, 17 astenuti.

Art. 4

(Qualifica di ufficiali o agenti di polizia giudiziaria)

Gli impiegati della Direzione regionale dei trasporti, in quanto incaricati di ricercare ed accertare i reati previsti dalle leggi in materia di trasporti, sono considerati ufficiali o agenti di polizia giudiziaria ai sensi del 3° comma dell'art. 221 del Codice di procedura penale.

Pongo ai voti l'art. 4: 23 favorevoli, 17 astenuti.

Art. 5

La presente legge entrerà in vigore il giorno successivo a quello della sua pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione. È fatto obbligo a chiunque spetti di osservarla e di farla osservare come legge della Regione.

È posto ai voti l'art. 5: 23 favorevoli, 17 astenuti.

Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? Nessuno. Passiamo alla votazione. Prego distribuire le schede.

(Segue votazione a scrutinio segreto).

Esito della votazione: 24 favorevoli, 19 contrari, 1 scheda nulla.

La legge è approvata.

Dobbiamo stabilire dei lavori per la prossima settimana. C'è la proposta intanto di fare martedì e mercoledì della prossima settimana, mattina e pomeriggio, come adesso. Qualora non si potesse finire l'ordine del giorno entro martedì e mercoledì, naturalmente si stabilirà un altro giorno. Per ora c'è la proposta di fare martedì e mercoledì mattina e pomeriggio.

Pongo ai voti la proposta: approvata. Allora per la prossima settimana sono fissati questi due giorni: martedì e mercoledì, mattina e pomeriggio.

Punto 7 all'ordine del giorno: Disegno di legge n. 109:

« Istituzione del Comitato consultivo regionale per l'industria ».

Relazione della Giunta.

BERLANDA (Assessore industria, commercio, turismo e trasporti - D.C.): *(legge la relazione della Giunta).*

PRESIDENTE: Lettura della relazione della commissione dell'industria.

ANDREOLLI (D.C.): *(legge la relazione della commissione).*

PRESIDENTE: È aperta la discussione generale. La parola al cons. Fioreschy.

FIORESCHY (S.V.P.): Meine Herren! Ich bin mir vollkommen bewusst, dass wenn ich hier zu diesem Thema das Wort ergreife und die Argumente wiederbringe, die ich und mein Kollege bereits in der gesetzgebenden Kommission Gelegenheit hatten vorzubringen, dass ich hier in dem Klima in dem die Diskussion abgeführt wird, als Rufer in der Wüste auftrete. Wie schon gesagt, ich hatte bereits Gelegenheit in der Kommission unseren Gedankengang darzulegen. Erlauben Sie mir, das in Kürze hier im Plenum zu wiederholen.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf will man eine beratende Kommission, eine Kommission für Industrie in der Region ins Leben rufen. Wir hatten Gelegenheit damals auszuführen, dass wir gegen jede solche Initiative, wenn sie uns nicht das Mitspracherecht erlaubt, das grösste Misstrauen entgegenbringen müssten, denn, meine Herren, das gebrannte Kind scheut das Feuer. Man hat uns immer vorgeworfen, dass wir gegen alle Massnahmen wären, die zur Entwicklung der gewerblichen und industriellen Wirtschaft in der Region seien. Dieser Standpunkt, wenn er in seinem Grundprinzip in keiner Weise entspricht und wenn er nach aussen hin irgendwie aufgeschienen ist, so ist er gerechtfertigt durch das tiefe Misstrauen, das in uns eine gerechtfertigte Basis gefunden hat. Denn, wenn wir bedenken, dass gerade mit Hilfe der Industrialisierung in der Zeit zwischen 1919 und 1945 und im besonderen Masse in den unmittelbaren Vorkriegsjahren gerade die Industrialisierung, die Entwicklung der Industrie in unserem Lande, zum politischen Zwecke missbraucht worden ist, d.h. zum Zwecke der Entnationalisierung unseres Volkstums gedient hat, so dürfen Sie uns dieses Misstrauen als deutsche Volksgruppe

nicht übelnehmen. Man hat uns in der Kommission dann gesagt, das wäre das faschistische Italien gewesen und heute lebten wir in einem Regime der Demokratie und das demokratische Italien würde niemals nach diesen politischen Prinzipien, die damals vorgeherrscht hätten, handeln. Gestatten Sie mir hier die Behauptung aufzustellen, dass die Massnahmen auf dem Gebiete der Industrialisierung, der gute Wille, den die hierzu zuständigen Stellen bis heute gezeigt haben, sehr gering sind, um dieses Misstrauen, das wir hegen, in bezug auf solche Massnahmen auszumerzen.

Ich möchte nicht auf die früheren Debatten, die gerade auf diesem Thema anlässlich des Industrieförderungsgesetzes und anderen die zur Förderung der Industrie hätten beitragen sollen, abgeführt worden sind, besonders hinweisen. Ich will mich bei Gott hier nicht wiederholen. Ich möchte aber nur auf die ernsten und mahnenden Worte hinweisen, die wir erst kürzlich bei der Behandlung eines solchen Gesetzes gemacht haben: nämlich beim Gesetz zur Abschaffung der Namensaktien in der Region. Meine Herren, hier haben Sie wirklich nicht den besten Willen gezeigt, unseren Belangen, deren wir uns bewusst sind, näherzukommen und mit einigem guten Willen zu lösen, denn wir haben nichts anderes gefordert als das Mitspracherecht, sei es das wirtschaftliche, sei es das vom politischen Gesichtspunkt aus gesehene Mitspracherecht in diesen Problemen, die uns selbst in so hervorragender Weise angehen. Wir sind uns vollkommen bewusst, in welcher Situation wir sind, in welcher wirtschaftlichen und sozialen Situation wir uns befinden. Ich möchte Sie hier nicht langweilen mit Daten und mit Statistiken auf diesem Gebiet, die uns bekannt sind, die von uns selbst erhoben worden sind und die uns selbst anscheinlich vor Augen führen, in welcher Situation wir uns befinden, welche Notwendigkeiten wir zu erfüllen haben, um die Stabilität, das Fortleben und den Fortbestand unserer Volksgruppe zu sichern. Sie kennen

diese Daten selber zu Genüge, als dass ich sie hier nochmals wiederholen müsste. Wir haben zu diesem Anlass nichts anderes gefordert, als das uns zustehende Mitspracherecht. Ich will hier nicht zurückkommen auf juristische Betrachtungen im Hinblick auf die Anwendung des Art. 14. Es ist hier zur Genüge bereits expliziert worden. Die moralische Seite der Angelegenheit ist stark genug, um unsere Argumentation zu unterstreichen. In der Kommission haben wir deshalb Abänderungsanträge eingebracht, Abänderungsanträge, die dahin zielen, diese Regionalkommission in zwei Landeskommisionen aufzuteilen. Dies aus allgemeinen Erwägungen heraus im Hinblick auf die Anwendung des Art. 14, aus Erwägungen der Opportunität heraus und aus rein praktischen Erwägungen, denn ich kann mir nicht vorstellen, dass eine regionale Kommission, bei der unsere Wirtschaft und unsere Volksgruppe in so geringem Masse vertreten ist, jemals die Belange, die unser Volk, unser Volkstum selbst betreffen, in hinreichendem Masse erfüllen kann. Abgesehen davon, wie ich Ihnen schon ausführte, daß diese Massnahmen nicht angeht sind, unser Misstrauen, das wir einer solchen Politik entgegenbringen, aus der Welt zu schaffen.

Wir haben diese selben Abänderungsanträge hier im Regionalrat wieder eingebracht und ich möchte in eindringlicher Form den Regionalrat darauf hinweisen, dass wir selbst, wir Vertreter des Südtiroler Volkes, doch vor die eigene Verantwortung gestellt sein wollen, diese Probleme, die uns zutiefst berühren, mitlösen zu helfen.

Ich hoffe, dass dieser Appell nicht auf taube Ohren stösst und dass diesem Justamentstandpunkt, den die politischen Parteien auf der italienischen Seite eingenommen haben, nicht ein weiteres Unrecht zu dem grossen Unrecht, das uns bis jetzt zugefügt worden ist, noch hinzugefügt wird.

Ich wiederhole: wir sind uns voll bewusst der Wichtigkeit und Schwere dieser

Aufgabe. Wir selbst wollen vor die eigene Verantwortung gestellt werden in der Lösung dieser Probleme und deshalb fordern wir das uns zustehende Mitspracherecht, gerade in solchen Belangen. Aus diesem Geiste heraus haben wir diese Abänderungsanträge gestellt.

RAFFAELLI (P.S.I.): Devo confessare che non ho capito bene uno dei concetti espressi ben due volte dal cons. Fioreschy, cioè quello che è stato tradotto con la formula: « Noi intendiamo esercitare il diritto di decidere da noi, con voi, sui nostri problemi ». Non ho capito in quanto farebbe un po' a pugno con l'altro concetto, espresso molto chiaramente, della suddivisione in due commissioni. Per quanto non mi sia chiaro questo, mi pare che la richiesta fatta dal rappresentante della S.V.P. meriti la più attenta considerazione. Egli ha annunciato che il suo gruppo ha presentato degli emendamenti. Penso che li abbia presentati oggi ma non sono stati trasmessi. Sono stati trasmessi al Consiglio? a domicilio? No, quindi mi pare che sia il caso che la Presidenza provveda a farli avere subito. Può darsi che lo stesso gruppo di maggioranza di lingua italiana sia per prenderli in considerazione e accoglierli. Certo è che qui si tende a creare uno strumento per un fine al quale nessuno si dichiara contrario. Il rappresentante del gruppo etnico tedesco, dice: « anche noi vogliamo esaminare i problemi della nostra economia e non siamo contrari in linea di principio ad una industrializzazione, che sia però fatta in funzione esclusivamente economica e non politica ». Nessuno d'altra parte ha mai proclamato di voler fare l'industrializzazione che il gruppo etnico tedesco non vuole, cioè in funzione politica. Quindi se c'è sincerità in quel che si dice il fine dovrebbe coincidere. Da parte della Giunta che propone il testo in esame, da parte della S.V.P. che propone gli emendamenti, c'è un punto — se non ci sono sottintesi o riserve mentali — un punto in comune: l'intenzione di creare uno strumento idoneo a orientare la Giunta a sostenere, a

collaborare con gli organi amministrativi per il migliore sviluppo industriale della regione, che è poi il migliore sviluppo industriale delle due province. Se il fine è effettivamente questo, mi pare che sullo strumento e sulla forma dello strumento si possa ampiamente discutere e ampiamente concedere da una parte e dall'altra. Non ho visto gli emendamenti, non potrei pronunciarmi in materia; sono però fin da ora molto lontano dal ritenere che la forma unitaria regionale, così come è stata concepita dal disegno della Giunta, sia l'unica. Ad occhio e croce, potrei dire anch'io che è la migliore, perchè i problemi economici è molto meglio vederli in un orizzonte unitario, in un'area più vasta che non sia quella della Provincia, ma qui immediatamente sorgono difficoltà di carattere politico. Ed allora vogliamo imporre il nostro punto di vista e mettere una parte in condizione non solo di non avere fiducia ma praticamente di ostruire, di sabotare il provvedimento ed il lavoro della commissione, o non vogliamo piuttosto meditare e ricercare seriamente il punto di incontro? Per questo dicevo che mi pare essenziale avere un minimo di tempo a disposizione per esaminare il merito di questi emendamenti, e poi se mi è permesso, chiedere da parte dei proponenti la più larga apertura per soluzioni strumentali diverse, alle quali si riconosca la caratteristica di convergere allo stesso fine per cui il provvedimento è proposto. Mi pare che in questo spirito su questo provvedimento di legge che può avere una notevole importanza per il futuro, si può trovare un accordo. Per ora non ho niente da dire nel merito perchè, a seconda che verrà articolato o nella forma presentata o nella forma della controproposta della S.V.P., ci riserviamo di fare anche noi delle osservazioni per quello che riguarda soprattutto la composizione.

BRUGGER (S.V.P.): Ich möchte den Antrag stellen, dass man jetzt die Sitzung unterbricht; es ist sowieso schon 12.30 Uhr, und dass man umgehend versucht, die Abän-

derungsanträge zur Verteilung zu bringen, damit die Regionalräte noch hinreichend Zeit haben, sie zu überprüfen.

PRESIDENTE: Se attendete un momento stiamo distribuendo gli emendamenti. Il Consiglio riprende alle ore 15.

(Ore 12.30)

Ore 15.15

(*Assume la Presidenza il Vicepresidente Albertini*).

PRESIDENTE: Continua la discussione generale. C'è qualche altro che si iscrive? La parola al cons. Nardin.

NARDIN (P.C.I.): Abbiamo avuto il piacere di conoscere la serie delle proposte presentate dal dr. Fioreschy ed altri in merito al disegno di legge che stiamo discutendo. Dirò subito che queste proposte trovano il sottoscritto consenziente, in quanto mi pare che sia più opportuno prevedere l'istituzione di due distinti comitati consultivi per l'industria in primo luogo perchè penso che, data la caratteristica delle nostre due Province, sia meglio favorire e valorizzare gli studi dei rappresentanti delle principali organizzazioni locali, i quali possono meglio adattare ed influire con proposte e studi su una possibile politica di sviluppo economico ed industriale nell'Alto Adige e nel Trentino, quindi tutta la Regione, e possono meglio rappresentare dei punti di vista allorchè la Regione ha la necessità di sentire il parere di questi comitati in ordine ai problemi che si presenteranno relativi allo sviluppo industriale. Meglio decentrare a questo riguardo, anzichè accentrare; ma dire questo, non significa accettare la motivazione che a queste proposte ha voluto dare il dr. Fioreschy stamane in un discorso che ha un po' riecheggiato i temi a proposito dei quali non ci siamo mai trovati d'accordo con il gruppo della S.V.P., che ogni qual volta si parla di sviluppo industriale tende sempre a svisare una realtà e soprattutto

una necessità, che è uguale per i ceti popolari italiani e per i ceti popolari sudtirolesi, quella necessità che deve spingerci ben più forte che nel passato ad agire nel campo dello sviluppo industriale nel Trentino e soprattutto nell'Alto Adige.

Una obiezione io faccio alle proposte che sono state presentate circa la rappresentanza dei lavoratori e quella degli industriali. A me pare che ci sia un'evidente sproporzione fra la rappresentanza dell'associazione industriali e quella dei lavoratori dell'industria. Penso che due rappresentanti della associazione industriali oltre il rappresentante del sindacato dirigenti aziende industriali, che è poi la stessa cosa, specie in Alto Adige, e due rappresentanti dei lavoratori dell'industria dovrebbero garantire una più equa rappresentanza di queste categorie.

Un'altra ragione mi spinge ad accettare questa proposta, quella cioè di portare localmente i rappresentanti degli industriali e dei lavoratori del gruppo di lingua tedesca, portarli all'elaborazione ed allo studio di proposte riguardanti l'economia e l'industria di questa Provincia. Se noi vogliamo concentrare tutto nel comitato regionale, è evidente che noi non favoriremo il colloquio con quei rappresentanti economici del gruppo sudtirolese che non sono d'accordo nell'accettare il diktat degli oltranzisti del gruppo della S.V.P., o almeno di un gruppo della S.V.P. tendente a dire no ad una politica di moderno sviluppo economico. Costituire un comitato provinciale ampliando la partecipazione anche dei rappresentanti del mondo economico sudtirolese vuol dire compiere un passo notevole in avanti, per portare costoro realisticamente a recare quel contributo che non solo noi italiani possiamo dare ma anche loro, con uguale forza e con la migliore buona volontà di quanto non sia avvenuto finora.

Tutte queste ragioni di opportunità mi pare che dovrebbero indurre il Consiglio ad esaminare con serietà le proposte che sono state fatte qui e quindi modificare sensibil-

mente il disegno di legge presentato dalla Giunta.

PRESIDENTE: La parola al Presidente della Giunta.

ODORIZZI (Presidente G.R. - D.C.): Anche il nostro gruppo ha esaminato nella pausa meridiana le proposte di emendamento presentate dai cons. dr. Fioreschy e Mayr; a proposito di queste proposte comunicherò quale è stato il punto di vista in una ricapitolazione di tutti gli argomenti che abbiamo voluto fare, ma vorrei prima di tutto mettermi in chiaro col cons. Fioreschy, il quale questa mattina, nel presentare gli emendamenti, ha fatto riferimento a motivi giuridici ed a ragioni di fatto o di convenienza. Per i motivi giuridici egli faceva praticamente riferimento all'art. 14; per i motivi di fatto e di opportunità egli ha esposto temi non nuovi, relativi all'atteggiamento di diffidenza e di perplessità, preoccupazione del gruppo linguistico tedesco in ordine alle iniziative che hanno per oggetto il potenziamento in senso generale delle attività produttive industriali. Ora, questa dell'art. 14 è materia che ci tormenta sempre per la particolare ragione che, secondo me, non si vuole o non si è capaci di fare una serena, obiettiva ricapitolazione degli insegnamenti costituzionali in questa materia e io non so che cosa fare per indurre ad accettare quei tali insegnamenti in uno spirito che deve essere determinato dal desiderio di dare al nostro ordinamento un'impostazione che sia rispettosa della legge. Quel tormento nel vedere quell'articolo in funzioni che esso non ha, inavvertitamente vi pone in condizione di voler fare un'applicazione anche in campi in cui esso non ha assolutamente da trovare applicazione. Quando noi parliamo di un organo consultivo, non parliamo di amministrazione attiva. L'art. 14 crea forme di delega nel campo della attività amministrativa, dell'amministrazione attiva. Nell'art. 14 non trovate assolutamente alcun riferimento all'attività degli organi con-

sultivi. Quando volete trapiantare con l'articolo dalla corretta applicazione nell'ambito dell'attività di amministrazione, che esso ha, ad altri organi, fate — credetelo, ve lo dico con assoluta convinzione — una invocazione non corretta di una disposizione di legge. E non dovete dirci, come è stato detto stamane non da lei ma da altri in forma non molto garbata, che non si vuole applicare questo articolo. Dovete dirci che lo applichiamo secondo una concezione rigorosamente dataci da una interpretazione che ormai ha l'autorità della pronuncia giurisdizionale, che vale per tutti.

Quindi qui di articolo 14 non si deve parlare. Si tratta di un organo consultivo in materia di competenza regionale. Già questo pone la conseguenza che l'organo consultivo in materia di competenza regionale debba essere un organo regionale. Premesso questo abbiamo guardato come era possibile in ogni caso dare ingresso non a quelle ragioni di diffidenza o altre che oggi non hanno più ragione di essere dopo la dimostrazione data in tutti questi anni, in cui non si è mai in nessun modo ricorso a forme artificiali di immigrazione, in cui l'accertamento è ormai chiaro nel senso che movimenti di popolazione atti ad invertire il rapporto proporzionale tra i due gruppi non esistono, a parte dunque e senza vedere questi motivi di diffidenza, abbiamo cercato delle ragioni pratiche e abbiamo detto: forse ci possono essere, forse è possibile che per taluni problemi, che non saprei ipotizzare ma che la vita, che ha più fantasia di noi, può creare, forse è possibile che essi sia opportuno vengano esaminati più attentamente in sede di un organo più ristretto provinciale che in un organo più vasto, regionale. La realtà ci dimostrerà che questo organo opererà più diffusamente in campo regionale perchè i problemi che affronterà saranno comuni prevalentemente a tutte e due le province. E allora abbiamo detto: proporremo a nostra volta un emendamento a questa legge sulla scia di altro provvedimento che abbiamo già approvato o di altri creati, dove ab-

biamo composto organi di natura regionale che possano all'occorrenza operare in sottocomitati di carattere provinciale. Fra quella che è la proposta che così noi faremo e la vostra non ci sono differenze sostanziali per le finalità che vi siete proposti e avete prospettato. Ma la nostra proposta è molto più organica e più corretta dal punto di vista del nostro ordinamento regionale. Perché ne abbiate l'evidenza basta che leggete l'art. 1 del vostro emendamento. L'art. 1 nel testo vi dice già come senza accorgervi vi sentite trascinati al di là dei limiti di un retto uso del potere amministrativo in tema di ordinamento. Voi avreste scritto: « Sono istituiti presso le Giunte Provinciali comitati consultivi provinciali per l'industria ». Con legge regionale voi ci proponete di costituire organi provinciali e metterli a fianco delle Giunte Provinciali! . . . Evidente alterazione del concetto ed invasione delle sfere di competenza delle Province. Ci fate usare il potere legislativo per il campo e per l'azione della Regione, e invece ce lo fate usare per la creazione di organi che definite provinciali e che costituite a fianco delle Giunte Provinciali. Non va e non può andare. L'organo è regionale, non può non essere regionale, deve essere a fianco dell'Amministrazione regionale; può articolarsi in due sezioni provinciali quando e per quelle ragioni che possono presentarsi nello sviluppo dell'attività pratica e possono richiedere esami specifici per provincia. Ecco dunque che la nostra proposta sarà quella di costituire correttamente l'organo come organo consultivo regionale, e sarà di comporlo in maniera che sia scindibile in due sezioni provinciali, al fine di far sviluppare temi di indagine e di esame anche in sede provinciale ed esclusivamente in sede provinciale, dove si verificano ragioni di opportunità per questo. Ed allora, alla base di questo criterio, che nella sostanza non differisce molto da quello che avete detto voi o proposto voi, ma nella forma torna senza dubbio molto più corretto e più accettabile, abbiamo riesaminato il testo degli articoli 3, 5 e 7 che de-

vono conseguentemente venire modificati.

Vi dirò che nella sostanza non diversifichiamo poi per il fatto che voi stessi ad un certo punto, vedo in modo particolare lo art. 6 bis del vostro emendamento, avevate comunque previsto: « Per la trattazione di questioni concernenti i territori di entrambe le Province, l'Assessore regionale competente ha facoltà di convocare i comitati provinciali in seduta comune ». Voi stessi avevate praticamente prevista la necessità che l'organo ad un certo momento sia unitario. Ora diciamo che accettando questo concetto e riconducendo le cose entro i termini che appaiono senza dubbio molto più corretti dal punto di vista dell'ordinamento, noi proponiamo — e dicendo questo so di rispondere in parte ad alcune osservazioni e proposte che sono venute anche dai banchi delle minoranze politiche — abbiamo proposto o stiamo per proporre un emendamento all'art. 3 così articolato: « Il comitato è composto da: tre rappresentanti di ciascuna associazione degli industriali delle province di Trento e Bolzano », e questo corrisponde un po' anche alle vostre proposte; « da due rappresentanti di ciascuno dei sindacati provinciali dirigenti aziende industriali », e lo facciamo un po' per accogliere la richiesta che era venuta da altra fonte, ma anche perchè in provincia di Bolzano sia possibile avere un rappresentante di lingua tedesca; « un rappresentante di ciascuna delle due Camere di commercio », questo rimane invariato; « i rappresentanti dei lavoratori » realmente anche a noi così come sono indicati qui appaiono in numero troppo limitato e proponiamo di elevare a 4 i rappresentanti dei lavoratori industriali, 2 per la provincia di Trento e 2 per la provincia di Bolzano, avendo la possibilità di avere presente anche un rappresentante del gruppo etnico tedesco; « due rappresentanti dell'Istituto regionale per l'esercizio del credito a medio e lungo termine », nel quale Istituto regionale, come voi sapete, sono presenti tanto i rappresentanti del gruppo etnico italiano come del gruppo etnico tedesco. Abbiamo invece

ritenuto di poter prescindere dalla originaria proposta che vedeva partecipi di questo comitato anche i rappresentanti dei vari Assessorati, c'era parso un po' pletorico come era stato fatto rilevare da qualcuno nella commissione che ha esaminato il progetto di legge, e togliendoli abbiamo anche semplificato il problema della composizione dei due sottocomitati provinciali, perchè altrimenti si cadeva in qualche difficoltà. Per cui il comitato rimarrebbe composto dei membri, come è stato letto. L'Assessore regionale all'industria, commercio, turismo e trasporti ha la facoltà di partecipare alla seduta del comitato; il comitato elegge nel proprio seno un presidente, ed abbiamo aggiunto due vicepresidenti, uno appartenente alla provincia di Trento ed uno alla provincia di Bolzano, perchè i vicepresidenti diventeranno i presidenti dei sottocomitati delle rispettive province. Il comitato potrà funzionare articolato in due sottocomitati provinciali composti dai membri delle rispettive province e presieduti dal vicepresidente pure della rispettiva provincia. Conseguentemente, lo dico subito perchè così è spiegato un po' tutto il sistema dell'adattamento che l'accettazione di un criterio del genere comporta, all'art. 5 era detto: « Il Presidente verrà eletto nella prima seduta del comitato e la scelta in seno allo stesso cadrà per due anni sugli appartenenti al gruppo linguistico italiano e per due anni sugli appartenenti al gruppo linguistico tedesco ». Questo rimane per quanto riguarda il Presidente ma aggiungiamo « Analoga procedura dovrà valere per la nomina del Vicepresidente della provincia di Bolzano », perchè abbiamo creduto opportuno stabilire con ciò che quando il presidente è di lingua italiana il vicepresidente sia di lingua tedesca e quando il presidente è di lingua tedesca il vicepresidente sia di lingua italiana, analogamente per quanto è fatto per altre disposizioni che riguardano il nostro ordinamento. Infine, sempre in conseguenza di questo ridimensionamento del comitato, abbiamo creduto di stabilire all'art. 7, in aggiunta al primo

e secondo comma, al primo comma che prevede: « Il comitato è convocato dal Presidente in via ordinaria almeno una volta ogni tre mesi ed in via straordinaria ogni qualvolta il Presidente lo ritenga necessario o quando almeno un terzo dei membri dello stesso ne facciano richiesta scritta », e al secondo comma che prevede: « Per la validità delle deliberazioni è necessaria la presenza della metà più uno dei componenti; le deliberazioni sono prese a maggioranza semplice di voti, e, in caso di parità, prevale il voto del presidente », aggiungiamo: « I sottocomitati provinciali sono convocati con le stesse norme » — che possono valere esattamente come per il comitato regionale — « dai rispettivi vicepresidenti ».

Così l'ordinamento è composto in tutte le sue parti. Con ciò mi pare che abbiamo fatto una cosa perfettamente corrispondente alle disposizioni di legge e a quello che è il rispetto dell'ordinamento regionale, che non possiamo trascurare — in questa sede noi siamo Consiglieri regionali — ed abbiamo anche veduto di accettare, per quella parte che era valida, le indicazioni che erano venute delle proposte di emendamenti ed anche da parte di alcuni rappresentanti o di un rappresentante delle minoranze politiche.

Credo che dobbiate riconoscere che così, in una rispettosa applicazione delle norme di legge, abbiamo inteso venire incontro, con spirito di collaborazione, alle proposte che ci erano state fatte.

CORSINI (P.L.I.): Premetto che alla fine di questo breve intervento chiederò che questi emendamenti presentati dalla Giunta siano distribuiti per iscritto e sia brevemente sospesa la seduta, in modo che si possano esaminare in quanto mi sembrano tali da mutare, se non sostanzialmente, ma in parte notevole il testo come è rappresentato e come era passato in sede di commissione. Ma perchè si possa approfittare di questo tempo se il suggerimento verrà accolto e non si debba perdere più del tempo che è necessario, in-

tanto svolgerò alcune brevi considerazioni sul disegno di legge in discussione.

Premetto che il disegno di legge mi trova consenziente perchè innanzitutto rappresenta un'altra cura che la Regione rivolge ad un settore come quello dell'industria, al quale, per dir la verità, negli anni passati molte cure non sono state rivolte. Questo disegno di legge viene ad aggiungersi ad altri recentemente approvati dal Consiglio Regionale, ad altri che dovrebbero venire in discussione, stando a quelle che sono state le dichiarazioni del Presidente della Giunta del 20 marzo del corr. anno, ed è veramente istitutivo di un organo tecnico, così come amo sempre che questi organi tecnici esistano, organo tecnico che non potrà non portare un effettivo, concreto, efficace contributo all'esame dei problemi dell'industrializzazione nella nostra Regione. Non posso tuttavia trattenermi, per amore della obiettività storica, dal rivolgere qualche breve appunto al modo come inizia la relazione accompagnatoria, là dove si dice: « *Non è mai sfuggita all'attenzione degli amministratori regionali l'opportunità di creare le premesse per dar vita ad una politica industriale efficacemente impostata ed orientata ecc.* ».

Non sarà sfuggita ma poco nel passato si è fatto, poco, nulla o quasi nulla prima di questi ultimi mesi, ed è per questo che più volentieri ancora io vedo l'iniziativa della Regione manifestarsi in questo settore, in questo settore dell'industria che è stato troppo trascurato anche se è bene inserito tra le competenze regionali. Potrei elencare i provvedimenti della Regione in questo settore e notare l'esiguità di essi e la tardività.

A prescindere dalla legge regionale 8 novembre 1956, n. 18 sulle agevolazioni creditizie all'industria, riconfermata con la legge 12-8-1957, n. 16 e la legge 24-8-1958, n. 20, per avere qualche efficace intervento concreto in questo settore si è arrivati alla istituzione dell'Istituto regionale per il Medio credito e poi quest'anno a quella legge che è stata

così a lungo discussa per l'autorizzazione all'emanazione di azioni al portare e con la devoluzione di un miliardo al Medio credito in conto corrente infruttifero. Se si fa il paragone con le provvidenze e gli stanziamenti che la Regione ha fatto negli altri settori — e qui ripeterò ancora una volta l'agricoltura, perchè il settore dell'agricoltura è sempre venuto in discussione sia nei momenti in cui si varavano leggi particolari e specifiche, sia in sede di trattazione del bilancio, e forse sarà un argomento sul quale, pur dolendoci, dovremo ritornare anche in sede di esame del prossimo bilancio preventivo — se, dico, si fa un paragone con tutto questo, si nota che ora si sta facendo qualche cosa nel settore dell'industria, ma prima è stato fatto ben poco. I provvedimenti sono stati trattati e strappati a forza; a forza dalle circostanze, non a forza di uomini, nel momento in cui i responsabili dell'Amministrazione regionale hanno dovuto prendere atto della situazione economica del Trentino e dell'Alto Adige che era necessario intervenire efficacemente in questo settore. Della tardività di questo intervento nel settore industriale è documentazione proprio questo stesso disegno di legge, quando si pensa che un analogo disegno di legge è divenuto operante in Sardegna l'11 giugno 1952, con legge n. 11, più di sette anni fa; un analogo disegno di legge è divenuto operante in Sicilia il 3 giugno 1950 n. 36, più di nove anni fa. Non si può non dire, prescindendo da qualsiasi spunto o intento polemico, non si può non dire che un disegno di legge così semplice e così chiaro come questo poteva anche essere eventualmente molto prima predisposto dalla Giunta Regionale.

Devo anche ricordare che più volte gli operatori economici di questo settore hanno manifestato direttamente agli organi competenti della Regione il loro parere che fosse opportuno creare un organo consultivo, e quando sono gli stessi enti, gli stessi operatori, le stesse associazioni interessate a portare il contributo della loro esperienza diretta tecnica in determinati settori, credo che

l'organo di amministrazione pubblica dovrebbe sempre rallegrarsi, mai rallentare, mai smorzare l'entusiasmo e l'iniziativa che viene da chi opera direttamente nelle varie branche dell'economia.

Ben venga questo provvedimento, sia seguito da altri, se possibile, non numerosi, perchè la nostra legislazione appare già molto complessa, ma quelli necessari e quelli efficaci, perchè nessun settore forse ha tanto bisogno di un intervento regionale quanto quello dell'industria, che è stato così ampiamente trascurato.

Detto questo, riconfermo che se negli emendamenti ora presentati, che ho sentito così elencare, e che spero potrò avere tempo di esaminare più profondamente, non troverò motivi che mi impongano una decisione diversa, darò il mio voto favorevole a questo disegno di legge, però fondandomi sull'assoluta necessità che questo comitato consultivo per l'industria abbia una configurazione regionale. Regionale fuori da ogni dubbio, anzitutto perchè accetto i motivi e le considerazioni di stretto ordine giuridico portati in questa stessa seduta pomeridiana dal Presidente della Giunta, e particolarmente questa distinzione che qui si tratta di un comitato consultivo e non di un organo amministrativo attivo, e che pertanto l'invocata applicazione dell'art. 14 è al di là di qualsiasi ragionevolezza giuridica, perchè o noi teniamo fermo il principio che si tratta di delega di funzioni amministrative, o altrimenti se questo art. 14 deve diventare la costellazione sotto la quale si muove tutta l'impostazione politica e legislativa della Regione Trentino-Alto Adige, anzitutto violeremmo in modo evidente quello che è lo spirito e la lettera dello Statuto, in secondo luogo creeremmo delle situazioni che non erano prevedute dal Costituente e che non erano prevedute dal legislatore.

Ma ci sono altri motivi per cui bisogna tenere fermo il principio della regionalità di questo comitato consultivo per l'industria,

e sono motivi che devono essere rovesciati rispetto a quelli recati dai rappresentanti del gruppo linguistico tedesco. Essi si preoccupano che la regionalità del comitato per l'industria non lasci passare considerazioni di ordine politico. Ebbene, credo che valutazioni di natura politica passerebbero indubbiamente molto più facilmente se ci si trovasse di fronte a due comitati provinciali che non a un solo comitato. L'inclusione di motivazione di natura politica nell'esame dei processi economici non può che turbare la serenità del processo stesso, allontanare dalla giusta visione e valutazione della convenienza e dell'utilità delle imprese, delle iniziative economiche. Ma poi direi che c'è un altro motivo che dovrebbe essere facilmente compreso se si libera la nostra mente e particolarmente la mente di coloro che sostengono lo sdoppiamento provinciale del comitato consultivo, un altro motivo che dovrebbe essere ovviamente e facilmente accettato, ed è questo. In un mondo che sta allargando sempre più i limiti e i confini dei mercati, in un mondo in cui non solo non ha più significato il mercato comunale e regionale ma tende a non aver più significato nemmeno il mercato nazionale e quello continentale, mi sembra che sia espressione di conservazione retriva quella di voler limitare la valutazione dei fenomeni economici nell'ambito più ristretto possibile.

Quando per altri motivi discutendo altro disegno di legge, sentivo ieri il cons. Benedikter continuare a ribattere e a ribattere ancora contro questo chiodo della centralizzazione, io mi domandavo quale è il mondo che sognano gli uomini come il cons. Benedikter e coloro che appoggiano la sua tesi.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): L'Austria!

CORSINI (P.L.I.): E' un mondo di stretta natura medioevale, è un mondo feudale, il mondo dei feudi dove esistevano i confini e i dazi fra un paesetto e un altro, fra una frazione e un'altra, in cui esistevano i pedagogici

gi. « Zentralisierung ». Si continua a parlare di centralizzazione perchè qualche cosa esiste a Trento, ma se domani aveste l'autonomia provinciale non credete che a un dato momento Silandro, Bressanone e Brunico protesterebbero per la centralizzazione verso Bolzano? Io sono convinto di sì; sono convinto che se si segue questa visione, veramente ritorneremmo a quello che era il passato in cui usavano le monete di cartapesta, differenti da un comune all'altro. Del resto mi pare che questo concetto, che è stato implicitamente accolto negli emendamenti presentati dal Presidente della Giunta Regionale, se ho ben compreso, non sia neanche lontano da qualche cosa di simile che ha espresso il cons. Fioreschy in altra seduta. Credo che i miei appunti presi sul momento corrispondano al vero.

Mi pare che in quell'occasione il consigliere Fioreschy accettasse anche il funzionamento di sottocomitati per le Province di Bolzano e di Trento, precisando che per la Provincia di Bolzano vi doveva essere una adeguata rappresentanza del gruppo etnico di lingua tedesca. Sono convinto che se, ripeto, dallo esame degli emendamenti proposti risulterà che corrispondono a quanto ho inteso, cioè che si vuole arrivare ad un'organizzazione interna di questo comitato regionale, ad una specie di articolazione interna del comitato regionale, non credo che se non vorranno prevalere motivi di gruppo e motivi di partito, motivi di posizioni preordinatamente e pregiudizialmente assunti, non penso che dovrebbe mancare il conforto anche di qualche voto del gruppo linguistico tedesco.

Chiudo rinnovando alla Presidenza la preghiera di voler fare avere il testo per iscritto di questi emendamenti con la sospensione della seduta per qualche minuto, perchè i Consiglieri, appena hanno gli emendamenti scritti, li possano esaminare.

PRESIDENTE: Sulla proposta di sospensione per l'inoltro degli emendamenti. Stiamo facendoli battere, ma andrà via una mez-

zora. Se si vuole sospendere si potrebbe continuare con le interrogazioni e interpellanze.

BENEDIKTER (S.V.P.): Ich beantrage, dass nicht nur diese angekündigten Abänderungen schriftlich verteilt werden, sondern dass darüber am Dienstag weiter beraten werden soll, damit wir die gehörige Zeit haben, um sie zu überprüfen.

PRESIDENTE: C'è una proposta. Sulla proposta la parola al cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Solo per far presente, rispettosamente, alla Presidenza che esiste, prima della proposta di Benedikter, la mia proposta, che era quella di sospendere per qualche decina di minuti la seduta e continuare poi a trattare.

NARDIN (P.C.I.): Qualche decina di minuti è anche fino a martedì.

(ilarità).

PRESIDENTE: Io avevo fatto una terza proposta, per non perdere tempo: proseguire con qualche altro argomento, ne abbiamo tante all'ordine del giorno delle materie che possiamo anche dedicarci a quelle. Interrogazioni ed interpellanze, ce ne saranno molte, portano via un'ora di tempo. Ad ogni modo c'è la proposta di sospendere la seduta, dice Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Una ventina di minuti.

PRESIDENTE: Quindi la richiesta di sospensione della seduta viene prima della sua, la sospensione è diversa dal rinvio della materia a martedì.

Chi parla sulla proposta?

BRUGGER (S.V.P.): Io parlo contro.

PRESIDENTE: Ha la parola Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Ich bin gegen den

Aufschub nach der Forderung von Herrn Prof. Corsini, weil ich eher der Meinung bin, dass der Vorschlag des Präsidenten des Regionalrates, um Zeit zu gewinnen, durchgehen sollte. Weil ich der Meinung bin, dass wir sowohl das eine wie das andere erreichen können, wenn wir den Vorschlag des Präsidenten des Regionalrates annehmen und mit einem anderen Punkt der Tagesordnung fortfahren, bin ich gegen die Unterbrechung der Sitzung und für den Vorschlag des Präsidenten.

PRESIDENTE: Parli a favore, dottor Raffaelli.

RAFFAELLI (P.S.I.): Deciderà Lei se parlo a favore o contro. Abbia pazienza. Io sono favorevole alla proposta del Presidente con un temperamento. Cioè si facciano le interrogazioni e le interpellanze, se c'è tempo si faccia qualche altra cosa, però sono contrario alla proposta di Corsini e sono piuttosto propenso ad accettare la primitiva proposta avanzata anche da Nardin a poi da Benedikter. Veda Lei di districarsi e decidere se ho parlato a favore o contro, purchè mi lasci parlare... Non capisco perchè in questa atmosfera di distensione, — e non mi riferisco al prossimo viaggio del Presidente della Repubblica a Mosca, ma alle dichiarazioni del Presidente della Giunta Regionale — il cons. Corsini non si associ a questo nuovo corso che si è inaugurato o pare inaugurarsi in questo momento a proposito della proposta di legge dell'Assessore Berlanda, lasciando che la gente ci pensi fino in fondo. Non vorrei fare dell'ironia a buon mercato: tu, Corsini, fai presto a consultare il tuo gruppo, la D.C. ci mette di più, la S.V.P. un po' meno, noi molto meno ancora, ma qualche cosa più del tuo gruppo, e chiediamo...

PRESIDENTE: Lei deve parlare a favore, non contro!...

RAFFAELLI (P.S.I.): Ecco, parlo a favore della proposta di rinvio a martedì. Lei mi ha interpretato con sagacia veramente

presidenziale. Parlo a favore della proposta di rinviare a martedì, senza sospendere i lavori del Consiglio, che possono continuare con altri punti all'ordine del giorno, perchè non è solo per questione di...

PRESIDENTE: Guardi, cons. Raffaelli, non può parlare, ho messo in discussione la proposta del cons. Corsini: si può votare a favore o contro, ma non si può parlare contro, perchè il regolamento dice che parla contro uno ed uno parla a favore. Lei sta parlando contro, quindi non le dò la parola. C'è qualcuno che vuol parlare a favore?

RAFFAELLI (P.S.I.): Non è con questo che cancella quello che ho detto!

PRESIDENTE: No, le tolgo la parola. Se nessuno chiede la parola a favore metto in votazione. Se il proponente non la ritira di fronte alla proposta fatta da me, ha il diritto di farla e di chiedere la sospensione, questo è un diritto dei gruppi e dei singoli Consiglieri, uno può giudicare in proprio, questo non interessa. La richiesta può essere sempre prodotta e non si può neanche argomentare in un senso o nell'altro. Lei mantiene la sua proposta di sospensione della seduta?

CORSINI (P.L.I.): Mantengo la proposta di sospensione della seduta per 10 minuti, fino al momento in cui sono stati distribuiti gli emendamenti. Siccome sono stato capace di seguire il discorso del Presidente della Giunta, ho capito benissimo quello che ha detto, voglio solo avere davanti il testo per confermare l'esattezza, non ho bisogno... il mio gruppo anche, come dice con molta facilità il collega Raffaelli, è così esiguo che non ha bisogno di mandare dei manifesti a stampa o inviti per consultarsi... Del resto, Presidente, faccio notare che questa procedura è stata seguita molte altre volte. Dieci minuti di sospensione per la distribuzione del testo. Chiedo quello che qui è già avvenuto decine e decine di volte.

PRESIDENTE: Io avevo proposto intanto che fanno la copiatura dei testi, di trattare le interrogazioni e le interpellanze. Se volete sospendere 10 minuti. Volete andare a bere il caffè a fumare una sigaretta?... Dovevate dirlo subito che è quello il motivo. La seduta è sospesa. Cioè metto in votazione...

CONSIGLIÈRE: E' Sua facoltà.

PRESIDENTE: Sospendiamo per un quarto d'ora la seduta.

RAFFAELLI (P.S.I.): Però si decide dopo!

PRESIDENTE: La seduta è sospesa.

(Ore 16.05)

Ore 16.15

PRESIDENTE: La seduta è aperta, adesso vengono distribuiti gli emendamenti presentati dalla Giunta, poi ho fatto stampare gli emendamenti presentati dal cons. Corsini e Preve Ceccon; è stato presentato un altro emendamento all'emendamento adesso da Mitolo e Preve Ceccon: « dai sindacati regolarmente costituiti ». Vi è la proposta di rinvio della materia a martedì. Adesso metto in discussione la proposta di rinvio della materia a martedì. Sulla proposta hanno diritto di parlare due a favore e due contro. Se la proposta è accettata si continua la seduta con le interrogazioni ed interpellanze, poi dobbiamo fare una seduta riservata per decidere in materia di regolamento interno, se ci resta mezz'ora di tempo. Quindi pregherei di fermarsi. Così si potrebbe svolgere anche questo lavoro. Chi chiede la parola a favore o contro? Nessuno. Metto in votazione il rinvio a martedì della materia in discussione, tenendo conto, signori Consiglieri, che è stato presentato un ulteriore emendamento. Quindi avremo gli emendamenti distribuiti adesso, quelli della S.V.P. e in più questo nuovo emendamento. Chi è d'accordo con il rinvio a mar-

tedì prego alzi la mano: è approvato con 18 favorevoli e gli altri astenuti.

È rinviato a martedì questo punto all'ordine del giorno.

Proseguiamo con le **interrogazioni e interpellanze.**

Interrogazione del cons. Benedikter al Presidente della Giunta Regionale:

Erlaube mir an den Präsidenten des Regionalausschusses folgende Anfrage zu stellen:

Ich habe gehört, daß ein Angestellter des Grundbuchsamtes von Brixen, der nicht Grundbuchführer ist, wegen sogenannter dienstlicher Erfordernisse nach Bruneck versetzt werden soll, während ein Grundbuchführer der deutschen Volksgruppe von Bruneck nach Brixen versetzt werden soll. Auf die Vorstellung des Brixner Grundbuchsangestellten sei geantwortet worden, daß ihm gegenüber die dienstlichen Erfordernisse nicht weiter begründet zu werden brauchen, ja daß er seine Gründe für den Verbleib in Brixen gar nicht vorzubringen brauche, da man alles bedacht habe. Im übrigen seien die Bestimmungen des Einheitstextes über die staatlichen Zivilbeamten, welche vorschreiben, daß die dienstlichen Erfordernisse begründet werden müssen, sowie daß den Familienverhältnissen des Angestellten Rechnung zu tragen sei, nicht auf die Regional-Angestellten anwendbar, welche noch nicht pragmatisiert sind.

Ich frage Sie Herr Präsident, ob das wirklich Ihr Standpunkt ist und ob Sie sich bewußt sind, daß diese Maßnahme auf Grund der bisherigen Vorgänge zwischen dem regionalen Grundbuchsinspektor und dem Leiter des Grundbuchsamtes Brixen als Teil einer Repressalie gegen diesen letzteren aufgefaßt werden muß?

Sollte die Beantwortung dieser Anfrage im Regionalrat vor den Augustferien nicht

mehr möglich sein, bitte ich, gemäß Geschäftsordnung, um schriftliche Antwort.

Mi permetto di rivolgere al Presidente della Giunta Regionale la seguente

INTERROGAZIONE:

Ho appreso che un dipendente non conservatore dell'ufficio tavolare di Bressanone dovrebbe essere trasferito a Brunico per esigenze cosiddette di servizio, mentre un conservatore tavolare del gruppo etnico tedesco dovrebbe essere trasferito invece da Brunico a Bressanone. Alla osservazione fatta da parte del dipendente dell'ufficio tavolare di Bressanone sarebbe stato risposto non essere nei suoi confronti necessario motivare tali esigenze di servizio e che, anzi, non sarebbe neppure necessario che l'interessato faccia presente i propri motivi circa la di lui ulteriore permanenza a Bressanone, visto che tutto sarebbe già stato considerato. Del resto le disposizioni del testo unico concernente i funzionari civili dello Stato, — le quali prevedono peraltro la motivazione delle esigenze di servizio e la presa in considerazione delle condizioni familiari del dipendente — non sarebbero applicabili ai dipendenti della Regione per non essere stati ancora pragmatizzati.

Chiedo pertanto a Lei, Signor Presidente, se ciò corrisponda effettivamente al Suo punto di vista e se Lei sia consapevole che in base ai fatti sinora avvenuti tra l'Ispettore regionale del Libro fondiario e il titolare dell'ufficio tavolare di Bressanone tale provvedimento non debba essere interpretato come facente parte di una rappresaglia nei confronti di quest'ultimo?

Qualora la risposta a questa mia interrogazione non sarà più possibile in sede di Consiglio prima delle vacanze di agosto, chiedo in base al Regolamento interno mi si risponda per iscritto.

Dò lettura della risposta scritta inviata dall'Assessore supplente dottor Salvadori al cons. Benedikter:

Riferendomi all'interrogazione della S. V. rivolta in data 22 luglio 1959 al Signor Presidente della Giunta onde avere chiarimenti circa trasferimenti di personale negli uffici tavolari di Bressanone e di Brunico, mi prego rispondere quanto segue:

Il conservatore Rodolfo Seeber ha richiesto, per comprovate necessità di salute, di essere trasferito da Brunico a Bressanone, avvertendo che qualora la sua domanda non si fosse potuta accogliere, egli si sarebbe visto costretto a rassegnare le dimissioni dall'ufficio.

La richiesta è stata accolta, sia perchè suffragata da valida motivazione, sia per evitare ulteriori difficoltà al normale funzionamento del servizio tavolare in provincia di Bolzano, ove già ora mancano due dei conservatori previsti in organico e dove sembrano prossime anche le dimissioni del conservatore titolare dell'ufficio di Caldaro.

Dovendosi quindi sostituire a Brunico il sig. Seeber con persona capace di eseguire le operazioni tavolari e comunque in grado di aiutare effettivamente l'unico conservatore rimasto in tale ufficio, la scelta è caduta sull'impiegato della carriera esecutiva sig. Walter Peer che ha dimostrato di possedere le qualità richieste.

Il sig. Peer, non desiderando però il trasferimento a Brunico ha chiesto di poter rimanere a Bressanone, dichiarando essere il clima freddo di Brunico pregiudizievole per la sua salute.

L'amministrazione tuttavia ha ritenuto di non poter considerare valido tale motivo essendo il sig. Peer membro della Squadra Nazionale di Birilli sul Ghiaccio ed avendo partecipato ai campionati europei della specialità svoltisi a Bled (Jugoslavia) dal 31-1 al 1-2-1959; fornendo così prova evidente che anche temperature relativamente rigide non sono pregiudizievoli alle sue condizioni di salute.

Quanto premesso costituisce l'unica ra-

gione per cui l'Assessore degli Affari Generali ha richiesto alla Giunta i trasferimenti di cui la S. V. si occupa; ogni altra interpretazione degli stessi deve ritenersi semplicemente assurda ed offensiva per l'Organo che li ha disposti.

Non si riesce fra l'altro a comprendere come la S. V. possa avanzare l'ipotesi della rappsaglia nei confronti del titolare dello Ufficio tavolare di Bressanone, quando i provvedimenti in oggetto non lo toccano affatto; e quando a lamentarsi dovrebbe essere semmai il titolare dell'Ufficio di Brunico che, per tali provvedimenti viene privato di un ottimo collaboratore.

Interrogazione del cons. Benedikter al Presidente della Giunta Regionale:

Erlaube mir an den Präsidenten des Regionalausschusses folgende Anfrage zu stellen:

Seit einiger Zeit werden vom Grundbuchsamt Bozen deutschen Privatparteien Grundbuchsdekrete in italienisch ohne deutsche Übersetzung zugestellt und damit eine klare Bestimmung einer regionalen Verordnung (Dekret des Präsidenten des Regionalausschusses vom 11-10-1955 n. 146) verletzt.

Derselbe Leiter dieses Grundbuchsamtes, der sich nicht an diese Bestimmung hält, hat einen anderen Grundbuchführer deutscher Volksgruppe deswegen beim regionalen Grundbuchs-Inspektorat angezeigt, weil er die Eintragungen in das Tagebuch nur in deutsch verfaßte. Das Tagebuch ist ein internes Register, welches nicht für das Publikum bestimmt ist; auch haben die Eintragungen in dasselbe keine rechtsgründende Kraft.

Ich frage an, was der Präsident des Ausschusses oder der Ausschuß unternommen haben, um diese gesetzwidrige bzw. der deutschen Volksgruppe gegenüber gehässige Handlungsweise zu unterbinden.

Sollte die Beantwortung dieser Anfrage

im Regionalrat vor den Augustferien nicht mehr möglich sein, bitte ich, gemäß Geschäftsordnung, um schriftliche Antwort.

Mi permetto di rivolgere al Presidente della Giunta Regionale la seguente

INTERROGAZIONE:

Da qualche tempo l'ufficio tavolare di Bolzano spedisce alle parti private di lingua tedesca i decreti tavolari nella sola lingua italiana senza la traduzione in lingua tedesca, violando con ciò una precisa disposizione del decreto del Presidente della Giunta Regionale dell'11 ottobre 1955, n. 146.

Lo stesso conservatore titolare dell'ufficio in oggetto, il quale non rispetta la citata disposizione, ha invece denunciato presso lo Ispettorato regionale del libro fondiario un altro conservatore titolare appartenente al gruppo etnico tedesco, per avere redatto le iscrizioni da apportare nel libro-giornale nella sola lingua tedesca; tale libro è un registro interno non destinato al pubblico e le relative iscrizioni non hanno per conseguenza alcun effetto legale.

Chiedo pertanto per sapere, che cosa il Presidente della Giunta o la Giunta stessa abbiano fatto per far cessare tale modo di agire, illegale rispettivamente odioso nei confronti del gruppo etnico di lingua tedesca.

Qualora la risposta alla presente interrogazione non sia più possibile in sede di Consiglio prima delle vacanze di agosto, chiedo in base al Regolamento interno mi si risponda per iscritto.

Dò lettura della risposta dell'Assessore supplente dottor Salvadori all'interrogazione del cons. Benedikter:

Riferendomi all'interrogazione della S. V. rivolta in data 22 luglio 1959 al Presidente della Giunta, onde avere chiarimenti circa la mancata traduzione in lingua tedesca dei decreti tavolari da parte dell'Ufficio Tavolare

di Bolzano, mi prego rispondere quanto segue:

Già al tempo in cui la S. V. ricopriva la carica di Assessore degli Affari Generali, l'ufficio tavolare di Bolzano, trovatosi, per carenza di personale, nella materiale impossibilità di evadere tempestivamente i numerosi atti richiesti, aveva ritenuto opportuno, ai fini di un più sollecito svolgimento del servizio, adottare il criterio di tradurre in lingua tedesca soltanto i decreti che in tale lingua venivano esplicitamente richiesti dalle parti.

L'adozione di tale criterio e le ragioni che l'avevano suggerita vennero naturalmente comunicate alla S. V. dal titolare dell'Ufficio di Bolzano, avuto anche riguardo al fatto che si trattava, pur con le attenuanti ricordate, di introdurre una non scrupolosa applicazione del Decreto 11-10-1955 n. 146 del Presidente della Giunta Regionale.

La S. V. non ebbe allora a sollevare obiezione alcuna, sicchè il conservatore titolare dell'ufficio di Bolzano, si credette autorizzato a ritenere che l'Assessore degli Affari Generali avesse con lui convenuto circa l'opportunità di adottare tale metodo di lavoro.

Resta chiaro che se la S. V. avesse sollevato eccezione, l'ufficio avrebbe fin da allora provveduto alla traduzione di tutti i Decreti destinati a privati cittadini appartenenti al gruppo linguistico tedesco.

Tuttavia, non appena venuto a conoscenza di tali fatti, ho dato istruzioni all'Ufficio in parola, per una scrupolosa applicazione del Decreto presidenziale surricordato, cosicchè attualmente, alle parti private di lingua tedesca, tutti i decreti tavolari vengono inviati tradotti in lingua tedesca, anche se ciò comporta un sensibile rallentamento nello svolgimento del servizio.

Per quanto riguarda invece le iscrizioni nel giornale tavolare, trattandosi di un registro interno non consultabile dal pubblico, è ovvio che le stesse debbano essere eseguite nella lingua ufficiale.

Quanto sopra premesso ritengo di dover categoricamente respingere l'accusa formulata dalla S. V. secondo cui sarebbe stato o sarebbe in atto presso l'ufficio tavolare di Bolzano un modo di agire illegale ed odioso nei confronti del gruppo linguistico tedesco.

Interpellanza del cons. Benedikter al Presidente della Giunta Regionale e all'Assessore della previdenza, assistenza sociale e sanità.

Erlaube mir den Präsidenten des Regionalausschusses und den Assessor für Gesundheitswesen zu interpellieren, welches die Absichten des Regionalausschusses sind hinsichtlich der Anerkennung der Dienstzeit von Südtiroler Apothekern, welche den Optionsgesetzen von 1939 und 1948 unterworfen waren, anlässlich der kommenden Ausschreibung der Apothekerstellen in der Provinz Bozen, unabhängig vom Erfordernis der Beherrschung der deutschen Sprache von seiten aller Apotheker.

Es handelt sich im besonderen um die Anerkennung folgender Dienstzeiten:

- 1) *Dienstleistung in Italien als ital. Staatsbürger vor der Option sowohl im Zivil- als auch im Militärdienst als regelrecht im Berufsverzeichnis eingetragener Apotheker.*
- 2) *Militärdienstleistung bei der deutschen Wehrmacht.*
- 3) *Dienstleistung im Ausland nach der Option bis zum Wiedererwerb der ital. Staatsbürgerschaft.*
- 4) *Dienstleistung in Italien nach der Option bis zur Wiedererlangung der ital. Staatsbürgerschaft.*
- 5) *Dienstleistung als ital. Staatsbürger in Italien bis zur Nostrifizierung des ausländischen Studentitels und zur Eintragung in das Berufsverzeichnis.*

Zu 1) enthält das Optionsgesetz Nr. 23 vom 2. Februar 1948 den Grundsatz, daß die

nicht abgewanderten Optanten nach der Rückoption so behandelt werden als ob sie immer die italienische Staatsbürgerschaft besessen hätten (Art. 2/2) und auch für die abgewanderten Optanten die Bestimmung, daß sie als ital. Staatsbürger wieder eingetragen und die Erwähnung ihrer Option und deren Folgen gelöscht werde (Art. 19/2), während hinsichtlich der Wiederaufnahme der Rückoptanten in den öffentlichen Dienst das Gesetz vom 20. Juli 1952 Nr. 1008 den Grundsatz aufstellt, daß die bei der Entlassung wegen der Option bestandene Dienstzeit angerechnet wird (Art. 3, 4, 5 und 6). Was für Staatsangestellte gilt, muß auch für Freiberufler gelten, deren Stellenbesetzung lediglich durch öffentliche Ausschreibungen erfolgt.

Zu 2) sei auf das Gesetz Nr. 364 vom 2. April 1958 hingewiesen, das die Anrechnung des in Apothekereigenschaft geleisteten Dienstes bei der deutschen Wehrmacht ebenso wie beim italienischen Heere mit sich bringt.

Was die übrigen Punkte betrifft, sei allgemein darauf hingewiesen, daß der Verlust der Staatsbürgerschaft auf Grund der Option, im besonderen auf Grund der in den italienischen Optionsgesetzen von 1939 und 1948 erwähnten deutsch-italienischen Verträge von 1939 nach Völkerrecht und italienischem Verfassungsrecht nicht zu Recht erfolgt ist, weil diese Verträge nichtig sind und weil Art. 22 der Verfassung verbietet, aus politischen Gründen die Staatsbürgerschaft zu nehmen. Der Pariser Vertrag zwischen Italien und Österreich vom 5. September 1946 sieht dementsprechend eine Revision der Staatsbürgerschaftsoptionen, welche sich aus dem Abkommen Hitler-Mussolini vom Jahre 1939 ergeben, im Geiste der Billigkeit und Weitherzigkeit vor. Die italienisch-gesetzliche Regelung des Apothekerdienstes bietet hiefür Handhaben, die es meines Erachtens erlauben, dem Begehren der Südtiroler Apotheker zu willfahren, ohne daß es eines eigenen Regionalgesetzes bedürfte. Die Verordnung

Nr. 1706 vom 30. September 1938 über den Apothekerdienst sieht vor, daß bei der Stellenbesetzung jegliche Berufspraxis berücksichtigt werden kann (so ist beispielsweise der Dienst in der pharmazeutischen Industrie, also in einem Privatvertrieb, sowie der Dienst als Mitarbeiter in einer Apotheke erwähnt). Auch hat der Staatsrat in der Entscheidung Nr. 895 vom 21-11-1952 zugegeben, daß andere Dienstleistungen bewertet werden können. Schießlich sieht das Gesetz Nr. 233 vom 12. September 1946 über die Wiederherstellung der Berufskammern der Heilberufe vor, daß im Berufsverzeichnis auch die Ausländer eingetragen werden können, falls zwischen dem betreffenden Staate und Italien ein Abkommen auf Gegenseitigkeit besteht (Art. 9). Umso mehr müßte die Dienstleistung unserer Apotheker, die in Erwartung der Staatsbürgerschaft oder der Nostrifizierung des Studentitels waren, anerkannt werden. Klar ist, daß der im Ausland geleistete Dienst durch die entsprechenden innerstaatlichen Berufsvertretungen bestätigt sein muß. All dies müßte jedoch, falls kein Gesetz notwendig ist, zur Vermeidung weiterer Unklarheiten, in der Ausschreibung präzisiert werden. Wenn hingegen diesen Umständen nicht Rechnung getragen würde, ergäbe sich eine allgemeine Benachteiligung der Südtiroler Apotheker, was dem im Pariser Vertrag und im Autonomiestatut enthaltenen Grundsatz der Rechtsgleichheit der Volksgruppen besonders bei öffentlichen Stellenausschreibungen widerspräche. Um die durch den Faschismus bewirkte Ungleichheit, wie sie in den obigen Umständen zum Ausdruck kommt, zu beseitigen, sieht der Pariser Vertrag und die Verfassung Sondermaßnahmen vor. Hätte die Gleichheit der Ausgangslage schon bestanden, wären solche Sonderverfügungen ja überflüssig.

Sollte sich jedoch eine gesetzliche Verfügung unbedingt als notwendig erweisen, dann müßte zuerst dieses Regionalgesetz verabschiedet werden und erst nach dessen Inkrafttreten die Ausschreibung erfolgen.

Ich bitte die Interpellierten um eine ausführliche Stellungnahme auch zu diesem letzten Punkt. Wenn die Beantwortung im Regionalrat vor den Sommerferien nicht möglich ist, bitte ich um schriftliche Antwort.

INTERPELLANZA

Mi permetto di rivolgere al Presidente della Giunta Regionale e all'Assessorato per la previdenza, assistenza sociale e sanità, per sapere, quali siano gli intendimenti della Giunta Regionale circa il riconoscimento dei periodi di servizio dei farmacisti alto-atesini di lingua tedesca, soggetti alle leggi sulle opzioni del 1939 e 1948, a proposito del prossimo bando di concorso per farmacisti della provincia di Bolzano, indipendentemente dal requisito della padronanza della lingua tedesca da parte di tutti i farmacisti.

Trattasi in particolare del riconoscimento dei seguenti periodi di servizio:

- 1) Servizio prestato in Italia come cittadino italiano prima della opzione, sia sotto forma di servizio civile che militare di farmacista regolarmente iscritto all'Albo professionale.*
- 2) Servizio militare prestato nella ex Wehrmacht tedesca.*
- 3) Servizio prestato all'estero dopo l'avvenuta opzione fino al riacquisto della cittadinanza italiana.*
- 4) Servizio prestato in Italia dopo l'avvenuta ripozione fino al riacquisto della cittadinanza italiana.*
- 5) Servizio prestato come cittadino italiano in Italia fino alla nostrificazione del titolo di studio straniero e fino all'iscrizione nell'Albo professionale.*

In merito al punto 1) si precisa che la legge sulle opzioni del 2 febbraio 1948 contiene il principio, secondo il quale i ripoptanti non espatriati dopo l'avvenuta ripozione devono essere trattati come se fossero stati sempre in possesso della cittadinanza ita-

liana (art. 2/2). Ma la stessa legge prevede altresì per gli optanti espatriati la reinscrizione come cittadini italiani e il depennamento della loro opzione con relative conseguenze (art. 19/2), mentre per quanto riguarda la riassunzione di ripoptanti nei pubblici servizi la legge del 20 luglio 1952 n. 1008 stabilisce il principio, secondo il quale il periodo di servizio prestato all'atto del licenziamento a causa dell'opzione deve essere computato (art. 3-4-5 e 6). Quanto quindi vale per i dipendenti dello Stato dovrà pur'anche valere per i liberi professionisti, per i quali l'assegnazione dei posti avviene soltanto per mezzo di concorsi pubblici.

A proposito del punto 2) si fa richiamo alla Legge del 2 aprile 1958 n. 364, che comporta il riconoscimento del servizio prestato nella ex Wehrmacht tedesca in qualità di farmacista, allo stesso modo, cioè, di quanto è previsto pure nell'Esercito italiano.

In quanto ai rimanenti punti si accenna in generale al fatto che la perdita della cittadinanza in seguito all'opzione, ed in particolare in base agli accordi italo-tedeschi del 1939 citati nelle Leggi italiane sulle opzioni del 1939 e del 1948, non è avvenuta legalmente e secondo il diritto internazionale nonchè di quello costituzionale italiano, essendo tali accordi nulli e vietando l'art. 22 della Costituzione a privare chicchessia della cittadinanza per motivi politici. L'Accordo di Parigi tra l'Italia e l'Austria del 5 settembre 1946 prevede per conseguenza la revisione in uno spirito di equità e di comprensione del regime delle opzioni di cittadinanza, quale risulta dagli accordi Hitler-Mussolini del 1939. Il regolamento giuridico-legale del servizio dei farmacisti vigente in Italia offre concrete possibilità che, a mio modo di vedere, consentono di esaudire i desiderata dei farmacisti altoatesini di lingua tedesca, senza per altro rendere necessaria la emanazione di una apposita legge regionale. L'ordinanza del 30 settembre 1938 n. 1706 concernente il servizio delle farmacie prevede che nella assegnazione dei relativi posti può essere preso in considera-

zione qualsiasi professione esercitata; al riguardo è citato, ad esempio, il servizio prestato nell'industria farmaceutica, vale a dire in aziende private, e quello di collaborazione nell'ambito di una farmacia. Anche lo stesso Consiglio di Stato nella sua decisione del 21-11-1952 n. 895 ha ammesso, che possono essere valutati pure altri servizi prestati. La Legge del 12 settembre 1946 n. 233 sulla ricostituzione degli Ordini delle professioni sanitarie, infine, prevede, che nell'Albo professionale possono essere iscritti sinanche gli stranieri, ove tra il rispettivo Stato e l'Italia sia stato concluso un accordo di reciprocità (art. 9). Tanto più facile quindi dovrebbe essere di riconoscere il servizio prestato da parte dei nostri farmacisti in attesa della cittadinanza o della nostrificazione dei propri titoli di studio. Appare chiaro peraltro, come il servizio prestato all'estero debba essere convalidato da parte delle relative rappresentanze professionali interstatali. Tutto ciò — ove non si renda necessaria una legge — dovrebbe essere precisato nel bando di concorso al fine di evitare altra confusione. Se per contro non si dovesse tener conto delle citate circostanze, ciò si tradurrebbe in un danno generale per i farmacisti altoatesini di lingua tedesca e sarebbe in contrasto con il principio dell'uguaglianza di diritti dei gruppi etnici particolarmente nel caso di pubblici concorsi, sancito dall'Accordo di Parigi e dallo Statuto di Autonomia. Appunto per eliminare la disuguaglianza operata dal fascismo, così come essa si rispecchia nelle surriferite circostanze, l'Accordo di Parigi e la Costituzione prevedono l'emanazione di apposite norme. Ed è sottinteso che, se tale uguaglianza fosse già esistita in partenza, la emanazione di apposite norme si sarebbe resa superflua.

Nel caso però che un provvedimento di legge fosse assolutamente necessario, occorrerebbe approvare prima la relativa Legge regionale e bandire il concorso in oggetto solo dopo l'avvenuta entrata in vigore di tale Legge.

Chiedo agli interpellati una dettagliata presa di posizione anche in merito a questo ultimo punto. Qualora non fosse possibile rispondermi prima delle vacanze estive, chiedo mi si dia risposta scritta.

Dò lettura della risposta dell'Assessore regionale Bertorelle all'interpellanza del cons. Benedikter:

In ordine alla interpellanza da Lei rivolta al Presidente della Giunta Regionale ed a me in data 24 luglio 1959, per conoscere quali siano gli intendimenti della Giunta Regionale circa il riconoscimento dei periodi di servizio dei farmacisti alto-atesini di lingua tedesca, soggetti alle leggi sulle opzioni del 1939 e 1948, a proposito del prossimo bando di concorso per farmacisti della provincia di Bolzano, faccio presente quanto segue.

In linea generale si osserva che la questione dovrà fare oggetto di apposita norma da inserire nel bando di concorso. Detta norma per altro deve essere limitata ai soli casi per i quali la legge ha già regolato la materia.

In particolare per le singole richieste di cui all'interpellanza si osserva:

1) il servizio prestato in Italia prima dell'opzione da parte dei cittadini italiani iscritti all'albo professionale viene riconosciuto implicitamente a seguito del riacquisto della cittadinanza italiana e della iscrizione all'albo professionale, sia nel caso di cui agli artt. 1 e 2 del D. L. 2 febbraio 1948, n. 23 (dichiarazione di revoca dell'opzione, dichiarazione di riacquisto della cittadinanza) sia nel caso di cui all'art. 11 della legge citata (domanda di riacquisto della cittadinanza italiana).

2) A proposito di tale punto v'è da osservare che il servizio militare prestato nella Wehrmacht, ai fini dei benefici concessi dalle varie leggi (preferenze nei concorsi, proroga dei limiti di età, anzianità di servizio ai fini del trattamento di quiescenza, ecc.) è già riconosciuto in via generale dalla legge

2 aprile 1958, n. 364 nei confronti di tutti i cittadini e pertanto nessuna difficoltà può sorgere al riguardo per i farmacisti.

3) Il servizio prestato all'estero nel periodo intercorrente tra la perdita della cittadinanza italiana ed il riacquisto della medesima a seguito della riopzione, periodo in cui l'interessato è stato sprovvisto della cittadinanza italiana, non può essere riconosciuto, mancando un'esplicita norma che faccia eccezione ai principi generali, norma che invece è prevista per gli optanti, naturalizzati o no che non hanno trasferito la residenza all'estero.

Trattasi nella fattispecie di cittadini che per effetto dell'opzione hanno perduto la cittadinanza italiana e che l'hanno riacquistata successivamente per nuova concessione (artt. 11 e seguenti del D. L. 2 febbraio 1948, n. 23).

4) A proposito di tale punto si presentano tre ipotesi:

a) cittadini optanti non naturalizzati che hanno mantenuto la residenza in Italia, per i quali la semplice dichiarazione di voler conservare la cittadinanza italiana (riopzione - art. 1 D. L. 1948) annulla gli effetti della precedente opzione.

b) Cittadini optanti naturalizzati ma non emigrati per i quali la dichiarazione di revoca dell'opzione per disposizione del secondo comma dell'art. 2 del D. L. citato, fa sì che si considerino come non avessero mai perduto la cittadinanza italiana.

c) Cittadini optanti che prima dell'opzione o dopo si siano trasferiti all'estero, ancorchè successivamente si siano trasferiti di nuovo in Italia, per i quali la richiesta di riacquisto della cittadinanza italiana trae seco la necessità di concedere nuova cittadinanza.

Nei casi di cui ad a) e b) il servizio prestato in Italia va riconosciuto, mentre nel caso di cui alla lettera c) il servizio prestato in Italia può essere riconosciuto solo dalla

data della dichiarazione di revoca dell'opzione e di rinuncia alla cittadinanza germanica, semprechè naturalmente la domanda sia stata accolta.

5) Il caso previsto da tale punto non può trovare soluzione affermativa in quanto fino a quando il titolo di studio straniero non è riconosciuto ai sensi della legge 22 febbraio 1952, n. 72, non può essere esercitata la professione, ed in quanto detto riconoscimento si concreta nel rilascio di un corrispondente nuovo titolo di studio italiano che ha effetto soltanto dalla data del rilascio.

Interrogazione del cons. Preve Ceccon all'Assessore dell'industria, commercio, turismo, trasporti:

INTERROGO

L'on. Assessore Regionale all'industria, commercio, turismo e trasporti per conoscere il Suo pensiero circa la ventilata costruzione di seggiovie che dal Comune di Andalo dovrebbero toccare le vette della Paganella.

Chiede altresì l'interrogante di sapere se da parte degli Organi preposti al turismo si sia richiesto un progetto d'insieme inteso a toccare tutti i punti del vasto problema che vincola la zona di Andalo non solo alla Paganella, ma pure alle Dolomiti di Brenta e in caso affermativo come, con quali mezzi e con quali gradualità si intenda valorizzare turisticamente e in modo razionale questa zona del Trentino.

BERLANDA (Assessore industria, commercio, turismo, trasporti - D.C.): In sostanza, se mi pare di avere afferrato bene la richiesta, l'interpellante chiede se tutte le costruzioni che fanno capo alla vetta di quella montagna seguano un piano regolatore, abbiano un respiro organico, in modo da non intralciarsi a vicenda, non solo, ma da non costituire pregiudizio per lo sviluppo dell'una rispetto all'altra, o, meglio ancora, se siano coordinate per arrivare a una valorizzazione integrale di quella zona.

In merito io sono in grado di precisare che quella montagna dal punto di vista delle cure dell'Assessorato al turismo e congiuntamente dal settore trasporti è oggetto di attenzioni in questo modo. A parte la sistemazione avvenuta della direttissima della Paganella, che ha un significato soltanto se verrà rapidamente completata con altri impianti ha già un suo scopo, importante, ma non è completa se altri impianti non nascono, devo precisare che la Giunta Regionale ha già concesso un contributo per la realizzazione di impianti che da Andalo e rispettivamente da Fai conducano sulla vetta della Paganella; da Andalo con una seggiovia in due tronchi per arrivare a valorizzare il versante della Paganella. Il problema è stato posto su Andalo perchè i letti disponibili d'inverno, data la breve stagione estiva, sono in numero elevato e con poca trasformazione quegli alberghi possono essere idonei alla ospitalità invernale con il riscaldamento e tutto quello che concerne la ospitalità invernale. La Giunta Regionale ha già dato un contributo per la elaborazione del progetto esecutivo in primo luogo e ha già assegnato un contributo per la realizzazione dell'opera da quel versante.

Per quanto riguarda la funivia di Fai-Dosso Larici la Regione ha sollecitato, dopo aver preso il provvedimento di chiusura dell'impianto la cui fune è talmente deteriorata da essere pericolosa, ha sollecitato il rammodernamento del progetto e in questo momento il progetto è in fase di elaborazione, perchè in primavera possa essere ricostruita la funivia da Fai a Dosso Larici. Anche questa avrà un contributo già previsto dal collega Assessore ai lavori pubblici.

Esiste, allo stato di studio, un progetto di collegamento di questa seconda funivia con la cima con una seggiovia di modesta portata e di modesta spesa che porterà sulla vetta il pubblico che giungesse dalla zona di soggiorno di Fai.

Oltre a questo bisogna poter precisare che la Regione ha potuto dare il proprio con-

senso al finanziamento affinché, l'ex rifugio « Cesare Battisti » della Paganella possa essere trasformato in albergo; e per questo attinge ai fondi della legge regionale sui mutui alberghieri. Il rifugio è stato regolarmente trasformato, la licenza è stata ottenuta, con ampliamento e trasformazione radicale, perchè la ricettività sia migliorata. Naturalmente tutti questi piani e questa trasformazione determinano notevole interesse per quella montagna, per la vetta e per le piste che ne discendono, per cui anche tutti i terreni della cima sono in questo momento oggetto di interessanti richieste da parte di privati per l'ulteriore valorizzazione.

La Giunta Regionale ritiene che con queste tre opere, quella montagna che interessa l'economia del fondovalle trentino ed interessa l'economia di Molveno e di Andalo e che interessa l'economia di Cavedago e Fai, possa costituire uno sfogo utile al soggiorno turistico estivo ed invernale di tutte le località interessate e quindi direi che esiste di fatto un piano regolatore razionale e visto con una certa ampiezza.

PRESIDENTE: La parola al cons. Ceccon.

PREVE CECCON (M.S.I.): On. Assessore, sono veramente lieto di prendere atto di questa organicità, che deve essere sempre alla base di ogni iniziativa economica. Il motivo per il quale io mi ero permesso di interpellarla era nato da un articolo di giornale. Io avevo appunto appreso che c'era l'intenzione di costruire questa seggiovia che andava da Andalo alla Paganella, però subito mi erano nate delle perplessità, in quanto valutando il tempo che detta seggiovia impiega da Andalo ad arrivare in cima alla Paganella, vedevo che non poteva servire a scopo invernale, come effettivamente si voleva attribuire in quanto troppo lungo era il tempo che lo sciatore doveva trascorrere in cabina scoperta, perchè se di seggiovia si parla, questa è la realtà dell'opera, troppo tempo doveva tra-

scorrere in seggiolino, per cui a un certo momento veniva a perdere quella sua caratteristica che invece è essenziale mantenga. Quindi io la prego nel progetto di esecuzione di vedere veramente se è il caso della telecabina, del seggiolino riparato ecc. perchè altrimenti è inutile pensare che uno faccia mezza ora esposto alle intemperie, alla neve, all'acqua, per poter andare a fare una sciata sulla vetta della Paganella. Perchè evidentemente il problema delle piste si imporrà in maniera decisiva, perchè bisogna tagliare la pendice boscosa del versante.

La seconda parte dell'interrogazione tendeva a sapere se anche si era preso in considerazione che Andalo, limitato alla unione con la Paganella non può restare. La vera valorizzazione, il vero avvenire di tutta la zona è proiettato verso le Dolomiti del Brenta. Qui veramente il suo Assessorato può assolvere una grandissima opera perchè sa che non solo di seggiovia e funivia si può parlare, ma addirittura di strada; veramente si può, attraverso mezzi di comunicazione misti, permettere al turista di partire dal fondovalle e salire sulla Paganella, arrivare a Madonna di Campiglio. Possiamo veramente creare tutta quella attrezzatura che ha valorizzato addirittura il monte Bianco. Sarà una cosa infinitamente inferiore ma avrà un'altra bellezza, avrà altri motivi di richiamo per tutti quanti i turisti.

Quindi qui veramente si dimostra una volta ancora la necessità di una politica unitaria attuata da un Assessorato regionale per il turismo.

PRESIDENTE: Interrogazione del cons. Corsini all'Assessore della previdenza e sanità:

Il sottoscritto cons. reg. Prof. Umberto Corsini chiede di interrogare l'Ill.mo Assessore della Previdenza, assistenza e sanità, per sapere se non ritenga opportuno informare il Consiglio Regionale sulla totale, parziale o nes-

suna veridicità di quanto affermato dal Consigliere Benedikter nella seduta del 3 luglio c. a. riguardo all'opera del titolare dell'Ufficio di Collocamento del Comune di Campo Tures.

CORSINI (P.L.I.): Il signor cons. Benedikter più volte ha dichiarato la sfiducia sugli organi dello Stato ed ha tenuto a fare delle dichiarazioni di completa sfiducia sulla Corte costituzionale. Ieri rilevava o muoveva dei rilievi alla opera o a quanto avrebbe potuto fare il Presidente di questo Consiglio; oggi abbiamo sentito che non ha nessuna fiducia su quella che potrà essere l'applicazione della legge votata stamane a proposito della Direzione dei trasporti e l'applicazione o ulteriori iniziative future da parte dell'Assessorato industria, commercio, turismo e trasporti. Nella seduta del 3 luglio — un po' lontana veramente per cui i miei ricordi non sono completamente sicuri, ma bastano per illustrare questa breve interrogazione — nella seduta del 3 luglio, non ricordo più parlando a proposito di che cosa, ho mosso notevoli rilievi a proposito di quella che era l'opera dell'Ufficio di collocamento del comune di Campo Tures, dimostrando sfiducia anche su questo. Vuole il caso che il titolare dell'ufficio di collocamento del comune di Campo Tures sia un appartenente al gruppo linguistico italiano, e perciò anche lui entri, come tutti gli altri organi, a cui prima accennavo, in quel complesso mondo e realtà verso la quale il cons. Benedikter ha dichiarato decine di volte la sua sfiducia. Se la sfiducia verso organi o verso quello che si può fare o quello che si ha intenzione di fare può essere un'opinione che debba essere smentita soltanto dal futuro, quando si parla di sfiducia o si muovono appunti all'opera di un titolare di un ufficio di collocamento, allora questa sfiducia, questi rilievi, questi appunti possono essere facilmente riconosciuti veri e corrispondenti alla verità, o possono essere facilmente smentiti osservando quella che è la realtà dei fatti. Poichè quanto

ha detto Benedikter si inquadra in questa sua completa e complessa opinione di sfiducia, poichè tuttavia costituiva un appunto in confronto di una ben precisa e determinata persona, ho pensato che non fosse inopportuno, anche per un atto di correttezza e di riguardo verso quella che era la persona chiamata in causa, di sentire dall'Assessore competente se quanto ha detto Benedikter sia totalmente vero, parzialmente vero, o vero in modo completamente negativo, cioè falso in modo assoluto. Se la risposta dell'Assessore competente dovrà portare alla conclusione che quegli appunti mossi dal cons. Benedikter non sussistono in tutto o in parte, penso che avremo reso per lo meno un atto di giustizia nei confronti di una persona che è stata chiamata e che in questo caso sarebbe stata chiamata ingiustamente in causa.

Si era detto allora che il Sindaco di Campo Tures aveva fatto delle proposte contro il collocatore al lavoro o perchè non venisse o venisse allontanato dal suo ufficio, perchè — mi pare di ricordare, i miei appunti sono questi — perchè tale collocatore al lavoro avrebbe assunto un atteggiamento contrario alla popolazione di lingua tedesca, che non era neanche apprezzato dalla popolazione di lingua tedesca, mi pare che sia scappata la frase dell'atteggiamento rimproverato dalla popolazione di lingua tedesca. Diceva ancora Benedikter di non avere fiducia nei collocatori perchè preferiscono la mano d'opera di certe province diverse dalla mano d'opera locale, e affermava che sarebbe molto più tranquillo se la Regione avesse il controllo degli Uffici del lavoro.

Queste brevi e piccole e incomplete informazioni che sono in mio possesso non mi mostrano l'opera e la figura del collocatore al lavoro di Campo Tures così come è stato descritto da Benedikter, perchè mi risulta che questo uomo è da molti anni sul posto, da decine d'anni sul posto, che ha sempre svolto la sua opera con soddisfazione di tutti due i gruppi linguistici.

DALSASS (S.V.P.): No, no!

BENEDIKTER (S.V.P.): Lo dimostri, se lo dice!

CORSINI (P.L.I.): Va bene; ho chiesto all'Assessore di sapere quali sono le notizie che può dare al Consiglio. Mi risulta che a Campo Tures si è sempre raggiunta la massima occupazione, il che vuol dire che non ci dovrebbero essere rilievi da questo punto di vista. Ho finito e attendo la risposta.

BERTORELLE (Assessore previdenza, assistenza sociale, sanità - D.C.): Il succo di quanto aveva detto Benedikter il 3 luglio era questo: il Sindaco di Campo Tures aveva svolto una viva opposizione contro la nomina del signor Messinese a collocatore del comune a causa dell'atteggiamento odioso che aveva assunto nei confronti della popolazione di lingua tedesca, ma l'Ufficio di collocamento ciononostante lo aveva nominato. Benedikter aveva aggiunto anche che detto collocatore aveva fatto affluire operai da altre province per avviarli al lavoro e che il Sindaco si era messo in contatto diretto con l'impresa idroelettrica della zona ed era riuscito a impedire ciò. Dalle informazioni che ho assunto mi risulta questo.

Risponde al vero che nella primavera del 1957 il Sindaco di Campo Tures promosse un'azione intesa a far revocare la nomina a corrispondente dell'Ufficio di collocamento del signor Messinese Antonio, residente a Campo Tures, ex impiegato comunale per 34 anni.

A tal fine egli propose che la scelta del corrispondente cadesse su uno dei due maestri elementari del luogo, i quali però erano impegnati con la scuola sino alle ore 15 pomeridiane. E' ovvio che un Ufficio pubblico non può svolgere la sua attività dalle 16 in poi, particolarmente d'inverno essendo a quell'ora già notte, tanto più che all'Ufficio di Campo Tures affluiscono anche i lavoratori di Selva dei Molini, i quali avrebbero dovuto

ritornare al paese a notte inoltrata. Questo è stato il motivo, che varie volte l'Ufficio del Lavoro ha comunicato al Sindaco, per cui non venne accettata la proposta. D'altronde gli interessati stessi hanno di proprio pugno scritto sul « foglio notizie », che viene compilato da ciascun aspirante all'incarico, di essere impegnati sino alle ore 15 con la scuola.

L'accusa al Messinese, di non sapersi far ben volere dalla popolazione locale, anzi di comportarsi in modo così scorretto da incorrere nell'« odium populi », da indagini effettuate presso l'Ufficio provinciale del Lavoro di Bolzano, che è gerarchicamente preposto al servizio del collocamento esercitato nei vari Comuni tramite i collocatori ed i corrispondenti comunali e dal quale questi ultimi disciplinarmente dipendono, non risulta provata. Infatti gli unici tre lavoratori che hanno messo per iscritto le loro lagnanze, sono stati smentiti (vedasi lettera dell'Ufficio provinciale del lavoro - All. n. 1). In ogni caso il Sindaco, volendo protestare per il comportamento del Collocatore sia nei confronti dei tre lavoratori che hanno rilasciato delle dichiarazioni, che per gli avviamenti in genere, invece di chiedere al Ministero la sostituzione del Messinese avrebbe dovuto rivolgersi alla Commissione Provinciale per il Collocamento, la quale in base al punto C) del secondo comma dell'art. 25 della Legge 29 aprile 1949, n. 265, decide: « sui ricorsi contro i provvedimenti delle Sezioni, dei Corrispondenti e degli incaricati in merito all'iscrizione nelle liste di collocamento e all'avviamento al lavoro ».

In merito comunque non si può non rilevare che si tratta di tre lavoratori di fronte alle centinaia che in due anni di attività di servizio si sono presentati al Messinese.

Fossero anche fondati i motivi di lagnanza dei tre, non si può prenderli a testimonianza di una situazione generale, risalendo da fatti così particolari e così rari a valutazioni negative in senso assoluto. A maggior ragione se si tiene conto della natura del servizio di collocamento, nell'esplicazione del quale

spesso nascono fra gli interessati urti e contrasti.

Resta da esaminare infine la terza accusa risuonata in aula contro il corrispondente di Campo Tures.

L'affermazione del dott. Benedikter che il Messinese faceva affluire operai da altre province per occuparli nella zona lasciando nell'inerzia della disoccupazione i locali, non può non stupire chi ha seguito, anche superficialmente, il fenomeno dell'occupazione operaia nei cantieri idroelettrici dell'Italia Settentrionale.

Sappiamo quanti meridionali sono venuti qui spontaneamente alla ricerca di lavoro, mentre gli elementi locali poco si adattavano al disagio ed al lavoro pesante dei cantieri idroelettrici (per es. minatori) e pochi erano qualificati o comunque esperti in quei lavori.

Comunque, in merito ho assunto dettagliate informazioni, in base alle quali risulta che il Messinese ha avviato nei cantieri idroelettrici, oltre a lavoratori di altre province, in possesso di determinate qualifiche e specializzazioni richieste dalle imprese; pressochè tutte le forze di lavoro disponibili locali, anche quelle in possesso di qualifiche disparate, affatto attinenti alle lavorazioni in corso, quali calzolai, squadratori, agricoltori conseguendo durante i mesi propizi pressochè la piena occupazione nei comuni di Campo Tures e Selva dei Molini, come lo dimostra il seguente specchio:

- mese di giugno disoccupati 36 di cui uomini 13;
- mese di luglio disoccupati 18 di cui uomini 8;
- mese di agosto disoccupati 10 di cui uomini 6;
- mese di settembre disoccupati 16 di cui uomini 11;
- mese di ottobre, disoccupati 20 di cui uomini 8;

Come si vede, restavano escluse poche unità, riguardanti elementi assolutamente non idonei o addirittura non disposti a lavorare nei cantieri.

Non solo; nei periodi di punta il Messinese dietro benestare dell'Ufficio Provinciale del Lavoro, ha collocato numerosi lavoratori della Val Pusteria e di altre Valli limitrofe.

A questo punto, ricondotte le cose entro i limiti obbiettivi e spassionati, quali sono risultati dall'esame di dati e fatti concreti, viene fatto di chiedersi se alla base di tutto non vi sia un fatto personale, alimentato da antipatie private e dilatato in modo tale da prestarsi a speculazioni politiche.

Nella fattispecie, l'art. 5 della Legge 29 aprile 1949, n. 265, indica nella Commissione Provinciale per il Collocamento l'organo che decide sui ricorsi contro i provvedimenti delle Sezioni, dei Corrispondenti e degli incaricati in merito all'iscrizione nelle liste di collocamento e all'avviamento al lavoro, mentre l'Ufficio Provinciale del Lavoro si è sempre dichiarato pronto a collaborare con le Autorità locali, per risolvere i vari problemi, beninteso nel rispetto delle leggi vigenti.

CORSINI (P.L.I.): Mi dichiaro soddisfatto e ringrazio il signor Assessore che ha voluto fornire una documentazione così ampia e completa per tutti quanti i punti. Per quanto mi riguarda devo concludere che, fatta eccezione per quei tre casi segnalati, sui quali lo stesso Assessore ha fatto rilevare che potrebbe darsi di contrasti e odi che accadono in situazioni di questo genere, quello che ha detto Benedikter in Consiglio io ritengo che non corrisponda alla verità.

PRESIDENTE: Interrogazione del cons. regionale Preve Ceccon all'Assessore della previdenza, assistenza sociale, sanità, Bertorelle:

INTERROGO

l'on. Assessore Regionale all'Assistenza Sociale e Sanità per conoscere:

- a) *se nel corso del decennio 1949-58 da parte dell'Amministrazione cui è preposto si siano stanziati contributi in favore delle colonie di Candriai, Villa Igea, Rizzolaga e a quale titolo;*
- b) *quali i motivi che possono aver consigliato quest'anno l'inattività di tali centri;*
- c) *se alla popolazione scolastica degli assistiti ne sia derivata situazione di disagio e, in caso negativo, in quali altri Istituti sia stata essa avviata;*
- d) *quale sia la esatta situazione patrimoniale di cui le colonie prima citate si trovano oggi a godere.*

BERTORELLE (Assessore previdenza, assistenza sociale; sanità - D.C.): In risposta all'interrogazione, di cui all'oggetto, effettuate le indagini del caso, si espone quanto segue:

- a) nel corso del decennio 1949-59 questo Assessorato non ha stanziato alcun contributo in favore delle Colonie di Candriai, Villa Igea e Rizzolaga; nè risulta che i proprietari abbiano avanzato richieste a tal fine;
- b) le colonie anzidette quest'anno sono rimaste inattive per le seguenti ragioni:

Colonia di Candriai e Rizzolaga, affittate nel decorso anno dal Comune di Trento e da questi subaffittate per pari importo al Patronato scolastico ed alla P.O.A. di Trento, risultano troppo onerose (Lire 2.000.000 per ogni stagione). Inoltre il complesso di Candriai, composto di tre padiglioni, due dei quali sono ex caserme adattate a colonia oltre vent'anni fa, si deve considerare ormai poco adatto e insufficientemente funzionale.

Colonia di Igea Marina, affittata nella scorsa stagione dal Patronato Scolastico e dalla P. O. A. di Trento per un canone di Lire 2.250.000, quest'anno è stata dichiarata in

gran parte inabitabile e pericolosa dall'Ufficio Tecnico Erariale di Forlì; l'ingegnere Capo del Comune di Trento, effettuato un sopralluogo, ha confermato il giudizio del suddetto Ufficio.

c) Nessun disagio è derivato alla popolazione scolastica normalmente assistita nelle colonie di cui si parla, in seguito all'inattività delle stesse. Ciò in quanto il Comune di Trento e gli Enti gestori (Patronato Scolastico e P. O. A.) si sono tempestivamente interessati al fine di avviare tutti i bambini bisognosi di cure marine o montane in altre colonie di loro proprietà (come la P.O.A.) o in colonie convenzionate o prese in affitto (come ha fatto il Patronato scolastico a Bosentino, a Riccione ed a Milano Marittima).

d) Le colonie di Candriai, Rizzolaga ed Igea Marina sono attualmente di proprietà della Gioventù Italiana. La Gioventù Italiana infatti è subentrata alla G. I. L. nella proprietà dei beni in argomento. Consta che il Comune di Trento da tempo sta trattando per acquistare la colonia di Igea Marina.

PREVE CECCON (M.S.I.): On. Assessore, il lato positivo di tutto questo sta nel fatto che la popolazione scolastica del comune di Trento non ha sofferto dalla chiusura di queste colonie, però mi sembra che ci sia dietro una cosa molto più importante. Prima di essere della Gioventù Italiana queste colonie erano di un'altra gioventù; prima di essere di quella gioventù erano di un comitato, patronato, che mi consta ha presentata da anni ed anni la domanda per una soluzione del problema, in quanto voleva rientrare in possesso di quello che era il proprio patrimonio, voleva cioè, questo comitato, poter gestire una volta ancora quelle che erano state le sue colonie. Ora questo protrarsi della situazione a che cosa ci ha portato? Al deperimento di tre stabili; ci ha portato a far dichiarare inabitabili colonie che prima avevano sempre reso

un grandissimo servizio alla popolazione scolastica del comune di Trento. Pertanto reputo necessario un intervento atto a dirimere quei contrasti che possono sussistere ancora fra il Commissariato, che attualmente ha come proprio patrimonio queste colonie, ed il comitato cittadino che le colonie ha richiesto, in modo che si possa permettere ad un altro ente di esercitare quella beneficenza, che purtroppo questa volta non si è potuta esercitare in quanto i contrasti esistono sulla proprietà di queste colonie. Pertanto, on. Assessore, se una raccomandazione posso fare, è quella di pregare di voler interporre anche lei i propri uffici perchè questa controversia possa essere risolta.

PRESIDENTE: Interrogazione del cons. regionale Preve Ceccon all'Assessore ai Lavori pubblici:

INTERROGO

l'on. Assessore regionale ai lavori pubblici per sapere se la precaria situazione idrica che da più anni colpisce gli abitanti delle Sarche sia a sua conoscenza e come intenda egli porvi rimedio.

Chiede altresì l'interrogante di conoscere quali contributi e per quali importi siano stati spesi fino ad oggi dall'Assessorato in tale luogo, distinti essi nelle due zone catastali di Lasino e Calavino, cui la frazione appartiene.

TURRINI (Assessore lavori pubblici - D.C.): La situazione precaria in fatto di rifornimento idrico all'abitato di Sarca è perfettamente nota al sottoscritto. Infatti già nel 1954 ho mandato sul posto un tecnico per consigliare il comune a predisporre un progetto, che ovviasse a questo inconveniente. Il comune ha predisposto un primo progetto di massima che fu scartato immediatamente, perchè non risolveva niente. Successivamente e precisamente nel 1956 presentò un altro progetto di 18.300.000 redatto dall'ing. Miori,

progetto che era accompagnato da una domanda di contributo in base alla legge n. 184, legge dello Stato per le opere igieniche, e fu da me portato al Genio Civile per l'esame di rito. Il Genio Civile mandò un sopralluogo di tecnici e non consigliò l'attuazione di quel progetto, perchè era un soluzione parziale del problema, consigliò il comune di rifare il progetto completo. Il comune rifece il progetto ed infatti presentò nel febbraio 1958 un progetto di 44.500.000.

Già dalle cifre si capisce che le soluzioni precedenti non potevano essere studiate bene. Il progetto è firmato dall'ing. Pedrini, che si era offerto come oriundo da quel paese: ha lasciato gratis il progetto al comune.

RAFFAELLI (P.S.I.): Ma con la squadra di calcio!...

TURRINI (Assessore lavori pubblici - D.C.): Non ha niente a che fare con il dr. Pedrini.

Il progetto presentato dal comune fu portato dal sottoscritto al Provveditore alle opere pubbliche e fatto inserire nel programma delle opere da finanziarsi a totale carico dello Stato, data la poca capacità finanziaria da parte del comune. Lo Stato accolse la richiesta ed inserì l'opera fra quelle da finanziare nell'anno 1962-63. Fu richiesto di nuovo allo Stato di poter anticipare il finanziamento già nel corrente anno, ed eseguire la opera immediatamente. Nel mese di agosto, lo Stato rispose che avrebbe immediatamente autorizzato l'inizio dell'opera. Infatti in questi giorni è in corso l'appalto dei lavori, dieci giorni fa l'Ispettore del Genio Civile è andato per far portare delle modifiche al tracciato. Quindi il comune ha praticamente la possibilità di avere fra poco un acquedotto razionale, fatto bene e gratis.

Per quanto riguarda la seconda domanda del cons. Ceccon l'elenco dei contributi concessi, dirò: al comune di Calavino è stato concesso per la sistemazione dei servizi igie-

nici, della scuola del capoluogo su una domanda di due milioni, un milione; per la sistemazione dell'edificio delle Sarche (*legge*). Nessuna altra domanda c'era fino all'inizio del corrente esercizio finanziario. Furono presentate poi dal comune altre due domande alla fine di agosto, e precisamente una per la sistemazione del piazzale delle Sarche di 7 milioni, ed una per la sistemazione stradale dell'abitato di Calavino di 3.700.000, che non sono state ancora esaminate. Potranno essere esaminate dopo. Al comune di Lasino, che fino ad un certo punto faceva parte del comune di Calavino e poi è stato diviso, è stato concesso un contributo per la costruzione dell'acquedotto potabile per la frazione di Lasino e Castel Madruzzo in 2 lotti, il primo lotto di 5 milioni; 50% di contributo, quindi 2 milioni e mezzo; il secondo lotto di Lire 10.300.000, che rappresentava la parte più onerosa per l'acquisto del materiale, con un contributo massimo del 70%, cioè 7.210.000. Inoltre per la sistemazione dei servizi igienici delle scuole di Lasino su due milioni di lavori, il 50%, 1 milione; per il consolidamento della chiesa di Masi di Lasino (*legge*).

PREVE CECCON (M.S.I.): On. Assessore, c'è nella sua risposta il dato positivo dell'inizio dei lavori per l'acquedotto di cui quella zona aveva estremo bisogno. Già notevole contributo la Regione ha portato ottenendo dallo Stato l'anticipazione di due anni di lavoro. Se nota di rincrescimento può esserci è quella che ha consigliato l'Amministrazione regionale ha far finanziare l'opera direttamente dallo Stato quando il bisogno immediato di intervento proprio in quella zona era ingente, perchè lei che dice di essere a perfetta conoscenza della situazione idrica in quel settore, saprà benissimo come nelle case coloniche in quella zona l'acqua piovana continuasse ad affluire e in quelle popolazioni c'era impossibilità di vita quando le intemperie infuriavano. Sono contento di apprendere che questa situazione sta trovando rimedio.

Il motivo per il quale avevo chiesto quali fossero gli interventi della Regione in quel settore era per farmi una idea sul come mai la Regione non avesse ritenuto opportuno di finanziare essa stessa l'acquedotto, quando da tante parti e in tanti altri comuni vediamo che opere del genere sono affrontate direttamente con il concorso della Regione. Lei me lo ha spiegato perchè mi ha detto che il comune non era in condizioni di affrontare la ulteriore spesa. D' accordo, però in loco ho visto un edificio grande, ben costruito, c'è anche dentro una sala teatrale, ci sono marmi ecc. di cui non riesco a spiegarmi l'esistenza e l'utilità, mentre effettivamente c'era bisogno di intervenire in questo settore. Comunque cosa fatta capo ha, accettiamo per buono e convalidiamo che è buono il dato di inizio dei lavori e quanto l'Assessore ha voluto esporre.

PRESIDENTE: Interpellanza del cons. Nardin al Presidente della Giunta Regionale:

Il sottoscritto consigliere chiede di interpellare il Presidente della Giunta Regionale per conoscere gli intendimenti della Giunta in merito alla necessità di appoggiare presso il Governo l'azione da tempo intrapresa delle autorità comunali di Merano tendente ad assicurare a tale importante centro turistico la riapertura della casa da gioco.

Il sottoscritto chiede alla presente interpellanza risposta scritta.

Risposta scritta del Presidente della Giunta al cons. Nardin:

Rispondendo alla interpellanza 18 settembre, Le comunico che la Giunta Regionale non è stata richiesta dalle Autorità comunali di Merano di appoggiare presso il Governo l'azione da esse intrapresa per ottenere la riapertura della Casa da Gioco.

Si ritiene anzi che le Autorità comunali di Merano non abbiano ancora intrapresa una precisa azione, essendo soltanto in corso consultazioni fra i Sindaci delle località interes-

sate. Si ritiene inoltre che nessuna richiesta è stata finora presentata al Governo.

Distinti saluti.

Interpellanza del cons. Molignoni all'Assessore delle attività sociali:

Il sottoscritto Consigliere Regionale chiede di interpellare il Signor Assessore Regionale alle Attività sociali Dr. Armando Bertorelle, per conoscere i motivi secondo i quali la Giunta Regionale, rinnovando il Consiglio di Amministrazione della Cassa di Malattia di Trento, non ha tenuto in alcuna considerazione le richieste a suo tempo fatte dalla Camera Sindacale U.I.L. di Trento.

L'interpellante desidera ancora conoscere i motivi per i quali la Camera U.I.L. di Trento non è stata interpellata circa la nomina dei membri dei Comitati Mandamentali, tanto che la Camera in parola non risulta, in alcun Comitato Mandamentale, rappresentata.

L'interpellante chiede risposta scritta.

Leggo la risposta scritta dell'Assessore Bertorelle al cons. Molignoni:

Informo il signor consigliere interpellante che la Giunta regionale, nel confermare le modalità già in vigore per la costituzione degli Organi delle Casse Mutue Provinciali di Malattia ha ritenuto, fra l'altro, di uniformarsi al disposto dell'art. 40 della L. R. 20 agosto 1954, n. 25 e sue successive modificazioni.

Non era pertanto possibile nominare rappresentanti della Camera Sindacale U.I.L. nel Consiglio di Amministrazione della Cassa Mutua Provinciale di Malattia di Trento, dato il testo dell'art. 40 sopra citato, il quale parla di « ... rappresentanti dei lavoratori ... designati dalle rispettive Organizzazioni sindacali più rappresentative ... ». Dagli elementi in possesso dell'Assessorato non risulta che la U.I.L. di Trento abbia tali caratteristiche.

Le stesse considerazioni valgono per la nomina dei membri dei Comitati Mandamen-

tali della Cassa Mutua Provinciale di Malattia di Trento:

Ritengo inoltre doveroso rilevare che da parte della Giunta regionale è stato fatto tutto il possibile per aderire alle richieste formulate dalla Camera Sindacale U.I.L. di Trento, assegnando la carica di membro effettivo nel Collegio Sindacale della Cassa Mutua Provinciale di Malattia di Trento ad un rappresentante di detta Organizzazione.

Aggiungo che il 30/6 ho avuto un colloquio coi rappresentanti dell'U.I.L., su invito scritto del consigliere Molignoni. Gli stessi dirigenti dell'U.I.L. hanno preso contatto due volte con i funzionari dell'Assessorato.

Interpellanza del cons. Arbanasich all'Assessore delle attività sociali:

Il sottoscritto interpella il Signor Presidente della Giunta Regionale e il Signor Assessore alle Attività Sociali e Sanità per conoscere quali provvedimenti la Giunta Regionale abbia adottati o intende adottare perchè sia corrisposta ai lavoratori agricoli della Regione, che si trovino in stato di malattia, una indennità giornaliera aumentata secondo i criteri esposti nell'o.d.g. approvato dal Consiglio Regionale.

Il cons. Arbanasich ha la facoltà di illustrare e ha la parola.

ARBANASICH (P.S.I.): Soltanto per ricordare al Consiglio l'argomento e leggo l'ordine del giorno che il Consiglio stesso ha approvato nella seduta del 17 luglio, se non vado errato, e che dice:

« Il Consiglio Regionale nel predisporre con proprio provvedimento legislativo interventi della Regione a favore delle Casse Mutue Provinciali di Malattia di Trento e di Bolzano in relazione alla esenzione contributiva disposta dallo Stato, impegna la Giunta Regionale a provvedere alle necessarie modifiche del regolamento di esecuzione della legge regionale 20-8-1954, n. 25, affinché le indennità giornaliera di malattia dei lavoratori

agricoli siano aumentate nella misura minima del 100% e perequate in attesa che la possibilità di un miglioramento più generale delle prestazioni per altre categorie e per i loro familiari trovi espressione in successive disposizioni di legge e di regolamento regionali ».

L'ordine del giorno è stato approvato a larghissima maggioranza dal Consiglio Regionale nella seduta che ho ricordato. Siccome recentemente la Giunta ha deliberato di modificare il regolamento di esecuzione della legge n. 25 per quanto riguarda l'applicazione nelle province di Trento e di Bolzano della piccola riforma INAM migliorando alcuni criteri di erogazione delle prestazioni, penso che si possa anche tenere conto di questo impegno preso del Consiglio, regolamentando anche la parte che riguarda il contributo dei lavoratori agricoli delle province di Trento e di Bolzano.

BERTORELLE (Assessore previdenza, assistenza sociale e sanità - D.C.): Mi è grato comunicarle che la Giunta Regionale — uniformandosi ad una sua precedente decisione ed in accoglimento dell'ordine del giorno approvato il 17 luglio u. s. dal Consiglio Regionale — ha deliberato nella seduta del 14 ottobre u. s. il nuovo Regolamento di esecuzione della L. R. 20 agosto 1954, n. 25, e sue successive modificazioni, che, fra l'altro, dispone il raddoppio delle indennità giornaliere di malattia per i lavoratori dell'agricoltura previste dal D.L.C.P.S. 9 settembre 1947, e sue successive modificazioni.

In forza della nuova forma regolamentare le Casse Mutue Provinciali di Malattia dovranno corrispondere agli operai dell'agricoltura le seguenti indennità giornaliera:

- 1) salariati fissi, assimilati, obbligati e braccianti o compartecipanti permanenti:
 - a) uomini L. 300
 - b) donne o ragazzi L. 200
- 2) braccianti o compartecipanti abituali:

- a) uomini L. 300
b) donne o ragazzi L. 200
- 3) braccianti o compartecipanti occasionali:
a) uomini L. 200
b) donne o ragazzi L. 120
- 4) braccianti o compartecipanti eccezionali:
a) uomini L. 120
b) donne o ragazzi L. 80

ARBANASICH (P.S.I.): Mi dichiaro soddisfatto di quanto ha affermato l'Assessore. La ragione per cui ho presentato l'interrogazione è dovuta al fatto che mentre la comunicazione alle Casse di Malattia è stata data per quanto riguarda tutte le modifiche del regolamento relative alla piccola riforma, nessuna comunicazione è pervenuta in merito all'applicazione di queste nuove misure di indennità di malattia, per cui prego l'Assessorato di far seguire immediatamente una disposizione che possa mettere la Cassa di malattia in condizioni di erogare l'assistenza secondo i criteri approvati.

PRESIDENTE: Interrogazione del cons. Raffaelli sui danni del maggiolino.

ODORIZZI (Presidente G. R. - D.C.): La interrogazione è arrivata due giorni fa, credo recentissima; chiedo di rispondere nella prossima seduta.

PRESIDENTE: Va bene, abbiamo allora l'ultima interrogazione.

Le altre le sospendiamo perchè diamo corso alla nostra seduta.

Interrogazione del cons. Corsini al Presidente del Consiglio Regionale:

INTERROGAZIONE

Il sottoscritto Consigliere regionale prof. Umberto Corsini interroga la S. V. Ill.ma per sapere:

1) per quali motivi il disegno di legge

presentato dal Consigliere Italo Samuelli in data 4 maggio 1959 avente per oggetto: «Istituzione dei Consigli Agrari Forestali di zona e del Consiglio Agrario Forestale Provinciale di Trento» non abbia seguito il suo iter normale nei limiti di tempo previsti dall'art. 39 e 40 del regolamento interno del Consiglio Regionale di cui al B. U. 13 marzo 1953, n. 4;

2) per quali motivi la Commissione legislativa competente non abbia rispettato neppure i termini della proroga concessa in data 18 luglio 1959, scaduti in data 18 ottobre 1959;

3) quali provvedimenti intenda prendere per assicurare per il futuro il corso regolamentare dei disegni di legge, affinchè soprapposizioni di partiti predominanti non valgano a porre nel nulla il diritto di iniziativa legislativa e il diritto del Consiglio Regionale di discutere i disegni di legge presentati.

CORSINI (P.L.I.): So che sto combattendo una battaglia inutile, perchè dell'inutilità la prova più chiara si è avuta ieri, quando si è iniziata questa nuova sessione del Consiglio Regionale, concedendo un'infinita di proroghe alle commissioni per l'esame di leggi che giacciono in commissione non solo da 40 giorni come vuole il regolamento, ma da 3, 4 o 5 mesi, 10 o 24 mesi. E' proprio alla Presidenza del Consiglio che devo questa volta rivolgermi: io chiedo che mi si senta con pazienza come si deve sentire una *vox clamantis in deserto*...

CONSIGLIERE: L'interrogato non è presente...

CORSINI (P.L.I.): L'interrogato effettivamente è assente... perchè effettivamente capita qualche cosa che forse a chi avrà fatto il callo la cosa può sembrare non grave, che a me sembra grave e devo denunciare la gravità di una situazione di questo genere. Se poi il Consiglio od i suoi organi, la Presidenza

o il Consiglio come tale, vorrà intervenire ed assicurare il rispetto del regolamento, io non ho che un voto solo, e il mio voto lo faccio agire, la responsabilità spetterà agli altri. Se c'è qualche cosa di geloso, che deve essere gelosamente custodito dal Consiglio stesso e da ogni appartenente al Consiglio è proprio il diritto di iniziativa legislativa; il diritto di iniziativa legislativa senza il quale il Legislativo si sveste di quello che è il potere primo per cui è costituito, la ragione stessa del suo essere. Questo diritto di iniziativa legislativa non deve rimanere solo sulla carta, questo diritto di iniziativa legislativa non può ritenersi soddisfatto con il consentire la presentazione di disegni di legge; bisogna che sia tutelato con il rispetto di quello che è l'iter determinato dal regolamento, altrimenti veramente il diritto di iniziativa legislativa viene posto nel nulla. Viene posto nel nulla per vari motivi, perchè intanto possono mutarsi le condizioni di fatto per cui quel determinato disegno di legge è presentato; può essere posto nel nulla perchè nel frattempo possono avvenire determinate altre soluzioni che rendono impossibile la discussione, così come era stata prevista per affrontare quei determinati problemi che con quel disegno di legge si intendevano affrontare e risolvere. Viene posto nel nulla, perchè se non si pone un limite alle proroghe, si può tenere in quarantena un disegno di legge a tempo indeterminato. E' accaduto appunto per il disegno di legge sul tribunale di giustizia amministrativa, due anni. E non sarà un problema da poco, è un problema che, come abbiamo sentito dire sia dalla Giunta Regionale, sia da altre autorevoli dichiarazioni, è un disegno di legge che riguarda un problema di prima importanza. È due anni che giace, quello presentato per iniziativa del liberale, un anno che giace quello presentato dalla Giunta Regionale. Stanno lì ad attendere tempi migliori. Chi considererà quali sono questi tempi migliori? La commissione che in questo modo si viene a sostituire al Consiglio? la commissione o la Presidenza del Consiglio? Chi

determina il fatto che certi disegni di legge hanno il loro corso normale, e altri non lo hanno?

Ho colto l'occasione per interrogare la Presidenza del Consiglio per quanto riguarda la violazione dei termini di regolamento di un disegno di legge che non è stato presentato dal sottoscritto, ma dal cons. Samuelli, disegno di legge che, so, è stato ritirato 3 o 4 giorni dopo la presentazione di questa interrogazione. Ciò non toglie che non solo sono scaduti i primi termini, ma sono scaduti anche gli estremi di proroga di tre mesi concessi successivamente.

Il terzo punto di questa interrogazione può essere grave, me ne rendo conto, ma sarà il presentatore del disegno di legge quello che ha interesse che non vengano rispettati i termini? Non lo credo, perchè se lo vuole ritirare lo può fare il giorno dopo in cui lo ha presentato. Determinati disegni di legge stanno là, non si muovono; e non solo di parte mia, ma di parte della D.C., del cons. Samuelli, di parte socialista. Ci sono alcuni disegni di legge presentati dal gruppo socialista, ieri si è parlato di mettere uno a distanza di 6 mesi! Non si può, illustre Presidente, non si può tutelare come si dovrebbe il diritto di iniziativa legislativa lasciando scadere i termini in questo modo! Questa è veramente una mancanza di rispetto non solo formale, ma una mancanza di rispetto sostanziale a quello che è il compito essenziale del Consiglio! Queste cose le ho ripetute diverse volte, oggi, ieri, qualche mese fa. Adesso chiedo che quell'assicurazione che l'illustre Presidente mi ha dato tre mesi fa, rispondendo ad un'analogha interpellanza quando diceva di assicurare di prendere provvedimenti perchè i termini regolamentari siano rispettati, questa assicurazione venga mantenuta, altrimenti abbiamo il coraggio di riformare il regolamento e scrivere che un disegno di legge può rimanere in commissione a volontà di non so chi, a volontà di qualcuno!...

(Assume la Presidenza il Presidente Magnago).

PRESIDENTE: Quanto afferma il cons. prof. Corsini per quanto riguarda il non mantenimento dei termini in commissione per quei disegni di legge, corrisponde alla verità. Però adesso voglio leggere tutte quelle lettere che per questo disegno di legge ho mandato al Presidente della commissione, perchè egli possa anche vedere che questa legge mi era a cuore e mi premeva che venisse trattata, infatti questa è la legge « Istituzione dei consigli agrari forestali di zona e del Consiglio agrario forestale provinciale di Trento ». Questa legge, come lei dice, è stata presentata il 4 maggio, non ricordo se è stato proprio il 4 maggio, è stata presentata sì, ma poi doveva essere ciclostilata e prima che potesse essere distribuita alla commissione sarà passato un po' di tempo; comunque in data 4 maggio questa legge è stata presentata dal cons. Samuelli. Con lettera del 3 giugno mandata al Presidente della commissione legislativa agricoltura e foreste ho scritto (*legge*). Poi il 29 maggio c'è anche una lettera del cons. Samuelli che chiede (*legge*). Ho risposto poi al cons. Samuelli che il disegno di legge è stato trasmesso alla commissione legislativa. In data 13 maggio il Presidente della commissione è stato invitato a convocare la commissione stessa, cioè il disegno di legge è stato dato alla commissione legislativa in data 13 maggio, mentre con lettera del 3 giugno il Presidente della commissione è stato invitato a convocare la commissione per esaminare il disegno di legge. In data 21 luglio altra lettera mia al Presidente della commissione agricoltura e foreste (*legge*). Poi ho spedito un'altra lettera al Presidente della commissione, lettera del 15 settembre con la quale scrivo (*legge*). Questo al 15 settembre, mentre al 17 settembre doveva scadere il termine. Allora il 15 settembre scrivo: « La prego convocare con cortese urgenza la commissione da lei presieduta ». Poi ho scritto una ultima lettera il 28 ottobre, dove fra l'altro

— e questo già si riferisce al punto terzo della sua interrogazione — ho scritto (*legge*).

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Non basta rammaricarsi. Qui ci vuole la fucilazione...

ODORIZZI (Presidente G.R. - D.C.): Non è prevista dal Regolamento...

PRESIDENTE: Non è finita ancora (*legge*). A questa ultima lettera ho ricevuto la seguente risposta. Dopo aver spedito questa lettera il giorno dopo mi è pervenuta da parte del cons. Samuelli una lettera, con la quale mi comunicava di aver ritirato il disegno di legge, per il quale tanto abbiamo discusso e scritto (*Ilarità*), di averlo ritirato il giorno dopo, e dopo questa ultima lettera...

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Chi glielo ha fatto fare?...

PRESIDENTE: ... che ha ritirato, mi risponde il Presidente della commissione (*legge*). Io sono stato informato più tardi perchè altrimenti non avrei più scritto quella lettera del 28 ottobre; la comunicazione di Samuelli mi è arrivata più tardi (*legge*).

Io ho risposto in data 9 novembre (*legge*).

Però dice il Presidente della commissione che lui aveva già sentito prima dal Consigliere che aveva intenzione di ritirarlo.

Questa è la storia di quel disegno di legge che ha formato oggetto della sua interrogazione.

Ho dovuto leggere queste lettere perchè non creda che tutte le colpe debbano poi andare a me; io rispondo leggendo le lettere, dalle quali risulta che è stata mia cura seguire il lavoro della commissione e sono arrivato, nell'ultima lettera, alla minaccia di portare la questione in Consiglio Regionale qualora la commissione non funzioni, nel senso che avrei detto: signori, o la commissione funziona o il Consiglio delibera di nominare

un altro Presidente. Altre proposte non potevo fare; questa è la questione.

Dunque dò atto al cons. Corsini che egli ha ragione lamentandosi di questo fatto, ma io ho anche ragione quando mi lamento del fatto che ha causato questo ritardo. Purtroppo, secondo me, la commissione qui non ha funzionato come avrebbe dovuto funzionare. Questo è quello che devo rispondere, sarà mia cura seguire tutti i disegni di legge, specie quelli di iniziativa consiliare, perchè non vorrei, lo ripeto ancora una volta, che si avesse l'impressione che per un tipo di disegni di legge si segue un criterio e per un altro tipo si segue un altro criterio. Potevo supporre che, essendo il disegno di legge di iniziativa consiliare di un partito di cui fa parte anche il Presidente della commissione, sarebbe stata cura dello stesso Presidente della commissione di portare avanti la questione: invece sono rimasto deluso, perchè si è dimostrato il contrario.

KESSLER (D.C.): Si è dimostrata l'imparzialità!...

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Anzi, anzi!!

PRESIDENTE: In questo caso molta imparzialità, in quanto non ha favorito affatto!

CORSINI (P.L.I.): Devo darle atto, dopo la documentazione portata, che Lei ha svolto con estrema cura il compito di seguire l'iter di questi disegni di legge. Questo per un riconoscimento della Sua posizione della Sua attività personale. Il fatto in se stesso resta per questo disegno di legge e anche per altri. La mia richiesta, la mia interrogazione tende a far sì che casi di questo genere non abbiano più a ripetersi, altrimenti davvero l'iniziativa legislativa del Consiglio è completamente bloccata.

KESSLER (D.C.): Domando la parola per fatto personale.

PEDRINI (D.C.): Volevo tranquillizzare il nuovo paladino dell'agricoltura cons. Corsini che la commissione legislativa è stata convocata per martedì.

PRESIDENTE: Non è possibile intervenire in questa discussione, è una interrogazione e basta la risposta.

Proporrei di fare seduta riservata un momento, sono appena le 18. Prego il pubblico e gli estranei di uscire.

(Ore 18)